

Die System-Mafia als Faktor der sowjetisch-russischen Transformation: T. 1: Vorbereitung und Durchführung des Systemwechsels

Knabe, Bernd

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Knabe, B. (1998). *Die System-Mafia als Faktor der sowjetisch-russischen Transformation: T. 1: Vorbereitung und Durchführung des Systemwechsels*. (Berichte / BIOst, 47-1998). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-43779>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1998 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln, Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet-Adresse: <http://www.uni-koeln.de/extern/biost>

ISSN 0435-7183

Inhalt

	Seite
Kurzfassung.....	3
1. Einleitung	5
2. Zur Genese der System-Mafia	9
3. Vorbereitungen auf den Systemwechsel.....	13
4. Schaffung einer neuen Untergrundwirtschaft.....	20
5. Facetten der Projektrealisierung.....	23
6. Ausblick.....	31
Literaturverzeichnis.....	33
Abkürzungsverzeichnis	35
Summary	37

10. November 1998

Bernd Knabe

Die System-Mafia als Faktor der sowjetisch-russischen Transformation

Teil I: Vorbereitung und Durchführung des Systemwechsels

Bericht des BIOst Nr. 47/1998

Kurzfassung

Vorbemerkung

Seit mehreren Jahren wird von Politikern und Wissenschaftlern beobachtet und auch moniert, daß es zunehmend Probleme bei der Transformation des politischen und wirtschaftlichen Systems Rußlands – und anderer Transformationsländer – gibt; vom ursprünglichen Motto "Übergang zu Demokratie und Marktwirtschaft" wird oft kaum noch gesprochen. Es werden "objektive" Faktoren genannt, die diese Schwierigkeiten erklären sollen, in diesem Kontext auch Phänomene der Schattenwirtschaft und der allgemeinen Kriminalität, die meist aber als typisch für die instabilen Verhältnisse einer Transformationsgesellschaft bezeichnet werden. Daneben werden auch grenzüberschreitende Aktivitäten krimineller Gruppen aus dem Bereich der früheren Sowjetunion festgestellt, und es wird eine von diesen ausgehende Bedrohung anderer Länder oder gar der globalen Sicherheit unterstellt. Inzwischen werden in Rußland und im westlichen Ausland Verdächtigungen geäußert, die jeweils andere Seite instrumentalisieren dieses Problem, um bestimmte politische oder wirtschaftliche Interessen durchzusetzen.

Die vorliegende Studie geht von der Vermutung aus, daß Teile der Führung der Sowjetunion zielstrebige Vorbereitungen für die von ihnen erwartete Auflösung ihres Landes getroffen haben, daß deshalb besser nicht von einem plötzlich erfolgten "Zusammenbruch" gesprochen werden sollte. Von daher muß der Frage nachgegangen werden, wann diese Führungssegmente die Ausweglosigkeit der Reformbemühungen zur Systemmodifizierung konstatiert haben. In diesem Kontext spielen "parallele Strukturen" eine große Rolle, die es in allen Phasen des sowjetischen Systems gegeben hat. Es ist zu berücksichtigen, daß von mehreren Ebenen des Wirtschaftslebens in der Sowjetunion gesprochen werden muß; dabei hat sich das System der "Kuratoren" in der offiziellen Planwirtschaft als besonders folgenreich für die Herausbildung krimineller Verbindungen erwiesen. Folglich ist für das Verständnis der gegenwärtigen politischen und sozioökonomischen Lage Rußlands die Kenntnis von der Existenz und den Aktivitäten der System-Mafia – im deutlichen Unterschied zu verschiedenen Formen der organisierten Kriminalität – unerlässlich. Eine solche System-Mafia hat es, wenn auch in sehr unterschiedlichem Umfang, während der gesamten Periode des sowjetischen Systems gegeben – sie war auf die "Wende" außerordentlich gut vorbereitet und bestimmte wesentlich die einzelnen Transformationsschritte.

Die Quellenlage stellt sich in diesem Kontext als außerordentlich schwierig dar. Untersuchungen zur Kriminalität in der Sowjetunion liegen zwar in großer Zahl vor, gehen aber in der Regel nicht auf Verbindungen zwischen der kriminellen und der politischen Sphäre ein. Die Archive der KPdSU waren bis Mitte 1991 für Außenstehende geschlossen und sind auch danach nur sehr selektiv zugänglich gemacht worden. Im Ausland gab es zwar ab den siebziger Jahren eine zunehmend umfangreichere Literatur über die Nomenklatura, doch waren daraus nur vereinzelte Hinweise über Verbindungen zwischen ihren Vertretern und der kriminellen Welt zu entnehmen. Zu danken ist M. Fincke (Universität Passau) und den BIOst-Kollegen P. Hübner, G. Simon und H. Vogel für die sorgfältige Durchsicht des Manuskripts; die Verantwortung für den vorliegenden Text trägt ausschließlich der Verfasser.

Ergebnisse

1. Begünstigt durch die seit den sechziger Jahren erfolgenden Differenzierungen innerhalb der Nomenklatura der Sowjetunion haben vermutlich mehrere Gruppen der obersten Leitungsebene seit 1988 zielstrebig Vorbereitungen für einen nicht mehr zu verhindernden Systemwechsel getroffen, wobei sie bei ihren Planungen von vornherein mehrere operative Ebenen berücksichtigt haben. Für einige Vertreter solcher denkbarer Planungsstäbe dürfte dabei ausschlaggebend gewesen sein, daß sie zwischen 1988 und 1990 vom westlichen Ausland nicht im erwarteten Umfang bei der Durchführung von Reformmaßnahmen in der Sowjetunion unterstützt worden sind.
2. Einige 1986/87 unternommene Schritte sind offenbar noch nicht mit einer entsprechenden Zielsetzung erfolgt; sie sind dann aber bei den Planungen für eine "neue Untergrundwirtschaft" einbezogen worden.
3. Die Entwicklungen haben sich sowohl in dieser sowjetischen Phase (bis Ende 1991) als auch im neuen Rußland in einem instabilen und für die meisten Menschen unübersichtlichen Kontext abgespielt; es kann vermutet werden, daß dies zumindest teilweise absichtsvoll geschehen ist, um die Bevölkerung von wirklich wichtigen Prozessen – insbesondere auf dem Gebiet der Eigentumsumwandlungen – abzulenken.
4. Es ist davon auszugehen, daß bestimmte Gruppen der obersten Leitungsebene Entwicklungen in mehreren Sektoren planten; sie konnten dabei an frühere Erfahrungen im Inland (insbesondere der geheime Bereich des militärisch-industriellen Sektors) und im Ausland (wirtschaftliche, politische und terroristische Aktivitäten) anknüpfen. Verschiedene Indizien sprechen dafür, daß es 1990/91 in wesentlichen Fragen eine Zusammenarbeit zwischen Gorbatschow und Jelzin gegeben hat.

Mit verschiedenen Formen der Zusammenarbeit zwischen der System-Mafia und der organisierten Kriminalität befaßt sich der zweite Teil dieses Berichts.

1. Einleitung

Seit 1992/93 gibt es zunehmend mehr Berichte über die Gefährlichkeit der "Russenmafia", wobei deren Aktivitäten in Rußland und im Bereich der früheren Sowjetunion von denen im übrigen Ausland unterschieden werden. Im globalen Rahmen wird die "Russenmafia" als rasch expandierender Faktor des Drogen- und Waffenhandels sowie im Zusammenhang mit terroristischen Gruppierungen dargestellt. In den Nachfolgestaaten der Sowjetunion werden die durch derartige Aktivitäten verursachte Instabilität der politischen Lage und Behinderungen für die Transformation der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse in den Vordergrund gestellt. Über wesentliche Erscheinungsformen der organisierten Kriminalität wird von russischer offizieller Seite seit etwa 1994 umfassend informiert; auch auf internationalen Konferenzen und bei bilateralen Verhandlungen haben Vertreter Rußlands diese Entwicklungstendenzen bestätigt und sind vielfach auch zu einer konstruktiven Zusammenarbeit bei der Verbrechensbekämpfung bereit gewesen. Wenn sich aber Politiker und Experten im Ausland zu den durch die "Russenmafia" verursachten Gefahren für die globale und nationale Sicherheit geäußert haben, so wurden sie oft von russischer Seite massiv kritisiert und es wurde ihnen unterstellt, sie wollten auf diese Weise eine neue Gefahr aus dem Osten beschwören.¹ Mitunter wurde ihnen vorgeworfen, sie stützten sich bei ihren Ausführungen nahezu ausschließlich auf das Material russischer Massenmedien. Behauptet wurde auch gelegentlich, Wirtschafts- und Finanzkreise des Auslands wollten durch maßlose Übertreibungen der Verbindungen zwischen "Russenmafia" und Wirtschaft Rußlands mögliche Konkurrenten ausschalten.

Es braucht sicher nicht bestritten zu werden, daß es im Ausland bestimmte Gruppen gibt, die an der Entwicklung des kriminellen Sektors in Rußland und anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion interessiert sind. Dabei dürfte es sich in erster Linie um kriminelle Organisationen handeln, die sich mit Partnern oder Juniorpartnern die kriminellen Märkte dieses Gebiets aufteilen oder es für Transitoperationen nutzen möchten. Daneben sind korrupte Vertreter aus Politik und Wirtschaft zu erwähnen, die durch Verbindungen zu kriminellen Partnern in Rußland schneller und effektiver die Interessen ihrer Organisation oder auch ihre eigenen Interessen durchsetzen möchten. Aufgrund historischer Erfahrungen ist davon auszugehen, daß be-

¹ Diese Ambivalenz wurde bei einer internationalen Konferenz "The New Agenda: Combating international crime, drugs and terrorism" deutlich, die von der DGAP, dem Moskauer "Rat für Sicherheits- und Außenpolitik" sowie dem Belfer Center für Wissenschaft und internationale Angelegenheiten der Harvard-Universität am 5. und 6. Juni 1998 in Bonn veranstaltet worden ist. Wie unterschiedlich Standpunkte sein können, soll an zwei Beispielen erläutert werden: Auf einen diesem Thema gewidmeten Aufsatz von Staatssekretär K. Schelter in der Zeitschrift "Internationale Politik" (Nr. 1/1997) folgte umgehend ein Artikel in der Moskauer Zeitung "Segodnja" (am 31.1.1997). Nachdem der Bonner Korrespondent der "Izvestija" die Besorgnis deutscher Behörden hinsichtlich der Expansion des organisierten Verbrechens Rußlands wiedergegeben hatte, meldete sich der damalige Innenminister A. Kulikov mit einem Leserbrief zu Wort; in derselben Ausgabe erschien daraufhin ein weiterer Artikel von E. Bovkun' mit zusätzlichen Argumenten (Iz 6.5.1997). Der RIA-Novosti-Mitarbeiter I. Sedych faßte seine Untersuchungen über die "Russenmafia" wie folgt zusammen: "...nur wenige ehrliche Gesetzeshüter und Journalisten sind damit befaßt. Aber für viele, dabei auch in den Rechtsschutzorganen – sei es in Rußland oder im Ausland, ist die 'Russenmafia' nur noch unter dem Gesichtspunkt ihrer Ausnutzung für politische und sehr oft auch für wirtschaftliche Interessen interessant." (OG Nr. 14/1997).

stimmte Vertreter des militärisch-industriellen Komplexes führender Industrieländer an "Gegnern" oder "Gefahren" interessiert sind, die eine entsprechend gute Auftragslage erwarten lassen.

Neben der unbestreitbaren Instrumentalisierung des Problemkomplexes "Russenmafia" durch sehr unterschiedliche Interessengruppen dürfen bestimmte Zusammenhänge aber nicht außer acht bleiben. Als – spätestens nach dem absehbaren Fiasko der Perestrojka Gorbatschows – einigen Gruppen in der Moskauer Führung der definitive Kollaps des sowjetischen Systems zur Gewißheit geworden war, haben sie nach Wegen gesucht, wie sie die machtpolitische Stellung Rußlands und die privilegierte Lage der strategisch entscheidenden Nomenklatura-Schichten mittel- und vor allem langfristig sichern können. Die "Ökonomisierung" der politischen Macht im In- und Ausland auf der Basis der wirtschaftlichen privilegierten Stellung der Nomenklatura und bei Nutzbarmachung finanzieller Ressourcen des Partei- und Staatsvermögens wurde letztlich als der aussichtsreichste Weg definiert, zumal so dem Ausland die eingeforderte "demokratisch-kapitalistische Öffnung" demonstriert werden konnte. Parallel dazu wurde die Schaffung sicherheitspolitischer Instrumente ins Auge gefaßt, um die Entwicklung in zentralen Bereichen, zumindest an den wichtigsten Schnittstellen, unter Kontrolle zu behalten. Die meisten mit diesen Aufgaben verbundenen praktischen Schritte mußten im Untergrund, oft unter Verletzung gesetzlicher Regelungen erfolgen. Es ist nicht auszuschließen, daß durch die so erfolgte Verstärkung krimineller Aktivitäten im In- und Ausland auch die Erreichung weiterer, gewissermaßen sekundärer Zielsetzungen beabsichtigt worden ist. Es lassen sich durchaus Belege dafür finden, daß die für dieses Konzept Verantwortlichen der Bevölkerung Rußlands (und anderer Nachfolgestaaten) "eine Lektion erteilen" wollten – sie sollten die nun noch größere Instabilität der politischen Lage und Gefahren für ihre persönliche Sicherheit spürbar erfahren. Durch umfassende Informationen über die Zunahme der Gewaltkriminalität, über Auftragsmorde und Todeslisten sollten jedem Bürger Rußlands Risiken für seine physische Existenz verdeutlicht werden; auch die geringen Chancen einer auswärtigen Fluchtalternative sollten der entsprechenden Klientel klargemacht werden. Durch die Zunahme der gewöhnlichen Kriminalität, die im Prinzip jeden Bürger, seine Familie und sein Eigentum bedroht, sollte der Großteil der Bevölkerung von den wichtigsten Prozessen im Bereich der Wirtschaftspolitik, von der Privatisierung sowie von Firmen- und Bankengründungen abgelenkt werden. Außerdem sollte ein etwa vorhandenes Vertrauen in neue Strukturen einer rechtsstaatlichen Marktordnung nachhaltig beeinträchtigt werden, so daß ein stärkeres Engagement in individuellen ökonomischen Aktivitäten, einschließlich der Spar- und Investitionstätigkeit, als nahezu aussichtsloses Unterfangen erscheinen mußte.

Es ist auch durchaus vorstellbar, daß durch die Einbeziehung bestimmter Personengruppen in kriminelle Aktivitäten sehr konkrete politische Ziele erreicht werden sollten. Dies betrifft einmal populäre Vertreter des öffentlichen Lebens, insbesondere aus den Bereichen Kultur und Sport, deren Aktivitäten außerhalb Rußlands beinahe zwangsläufig zu Konflikten mit den dortigen Rechtsschutzorganen oder diplomatischen Vertretungen führen mußten. In einigen Fällen ist es gelungen, eine Solidarisierung der öffentlichen Meinung Rußlands mit diesen Personen und der offiziellen Politik der Regierung – in bewußter Frontstellung gegen

Stellungnahmen und Maßnahmen ausländischer Regierungen und Medien – zu erreichen.² Zum anderen handelt es sich hierbei darum, daß einzelne Repräsentanten des Russentums im Ausland mit kriminellen Aktivitäten in Zusammenhang gebracht worden sind – auch hierbei ist es mitunter zu Solidarisierungseffekten von Teilen der aus Rußland stammenden Migration mit diesen Personen gekommen, während gleichzeitig gegen "antirussische Stimmungsmache" protestiert wurde.³

Gleichzeitig läßt man ausländischen Rechtsschutzorganen und internationalen Organisationen dosierte Informationen über die Gefährlichkeit krimineller Aktivitäten im Bereich der früheren Sowjetunion, des sozialistischen Lagers und auch in anderen Teilen der Welt zukommen, versucht dabei den Eindruck zu erwecken, als hätten die Moskauer Sicherheitsorgane einen ausreichenden Überblick über diese Entwicklungen und signalisiert ihre Bereitschaft, auf vertraglicher Grundlage gemeinsamen gegen die schlimmsten Erscheinungen des organisierten Verbrechens, nicht zuletzt auch den Terrorismus, vorzugehen.

Der vorliegenden Arbeit liegt auch die Intention zugrunde, die Ursachen mancher Schwierigkeiten des Transformationsprozesses mit subjektiven "Geburtsfehlern" dieses Prozesses in Zusammenhang zu bringen. Es geht dabei nicht um objektiv ungünstige Voraussetzungen, die von den Vätern und Paten der Perestrojka und der anschließenden Systemtransformation nicht oder nicht ausreichend berücksichtigt worden sind. Vielmehr soll der Nachweis geführt werden, daß die jeweiligen Strategen dieser Prozesse bestimmte Mechanismen und Elemente eingebaut haben, die Zielvorstellungen implizierten, die in erster Linie den Interessen führender Eliten Rußlands entsprechen sollten. In diesem Kontext spielen Zusammenhänge zwischen politischen und ökonomischen Entwicklungen mit dem Gesamtkomplex OK eine erhebliche Rolle. Es geht dabei weniger um die "historische Wende" vom August bzw. Dezember 1991 als vielmehr um die vorausgegangenen Jahre. Die zentrale Frage ist, zu welchem Zeitpunkt maßgebliche Gruppen in der Moskauer Führung von der Ausweglosigkeit der vorausgegangenen Reformansätze überzeugt gewesen sind und welche Maßnahmen sie daraufhin getroffen haben. Es muß also nach Funktionen und Implikationen der zwischen 1986 und 1991 beschlossenen Maßnahmen zur Modernisierung der Wirtschaft und der Wirtschaftsverwaltung gefragt werden, auch dabei nach den strategischen Zielen der damals geschaffenen neuen "Untergrundwirtschaft".

Bemerkenswerterweise gibt es Unterschiede bei der Beurteilung des Potentials der OK Rußlands vor allem hinsichtlich ihrer Aktivitäten im Ausland. Dagegen haben sowohl Präsident Jelzin als auch der frühere Innenminister A. Kulikow in den letzten Jahren wiederholt von einer Herausforderung des Staates durch die OK gesprochen – entsprechend deutlich ist dies auch in der "Konzeption der nationalen Sicherheit" (Dezember 1997) formuliert worden.⁴ Zur Eröffnung des Seminars "Die globale Schattenordnung als die Bedrohung des 21.

² Dies betrifft insbesondere Repräsentanten der "Assoziation XXI vek", beispielsweise den Sänger I. Kobzon und den Eishockeyspieler P. Bure.

³ In diesem Sinn hat sich beispielsweise A. Vaksberg geäußert (LG Nr. 52/1996).

⁴ Text der "Konzeption" in: RG vom 26.12.1997; vgl. dazu den Kommentar in der Aktuellen Analyse des BIOst Nr. 5 vom 19.1.1998.

Jahrhunderts" kündigte Universitätsdirektor Ju. Afanasjew an, daß ein diesem Thema gewidmeter Kurs zum unbedingten Teil aller Studiengänge an seiner Universität werden solle: "Man kann die jetzige ökonomische und politische Realität nicht erforschen und verstehen, wenn ein sehr großer Komplex gesellschaftlicher Beziehungen unberücksichtigt bleibt." Der von ihm zum Leiter eines dafür eingerichteten "Labors zur Untersuchung von Schattensystemen" ernannte Lew Timofejew wies bei dieser Gelegenheit auf die bedrohliche Lage hin:

Die Quasi-Macht will eine richtige Macht werden und nimmt deshalb rasch und bedenkenlos beliebige Färbungen an: nationale, kommunistische oder demokratische. Die früheren "Schatten" sitzen heute in der Staatsduma, haben sich in Fraktionen eingerichtet, sind für den Gesetzgebungsprozeß zuständig, verwalten ganze Regionen und Städte, ganz zu schweigen von den sogenannten Rechtsschutzorganen, bei denen ein erheblicher Teil der Aktivitäten im tiefen Schatten erfolgt.⁵

Während mafiabedingte Gefahren für die globale Sicherheit von russischer Seite durchaus bestätigt werden und sogar die Notwendigkeit einer intensiveren Zusammenarbeit zwischen Rechtsschutz- und Geheimdienstorganen der betroffenen Länder abgeleitet wird, reagieren offizielle Vertreter Moskaus meist sehr empfindlich, wenn von Bedrohungen für die nationale Sicherheit oder die öffentliche Ordnung eines Landes aufgrund von Aktivitäten der "Russensmafia" die Rede ist. Zur Illustration der ersten Feststellung kann auf die Beteiligung Rußlands an zahlreichen internationalen Konferenzen zur Verbrechensbekämpfung sowie auf entsprechende internationale und bilaterale Vereinbarungen hingewiesen werden. So hat beispielsweise der frühere KGB-Offizier O. Netschiporenko Anfang 1996 auf einer Konferenz der "Mülheimer Initiative" in Moskau sehr nachdrücklich auf die Gefahren für die Welt hingewiesen, die sich vor allem aus den Verbindungen des "Globalen kriminellen Systems" mit terroristischen Organisationen ergeben. Der Journalist G. Winer äußerte die Absicht, auf der Grundlage von FBI-Materialien eine Reihe von Beiträgen über Aktivitäten global operierender Mafia-Organisationen für einen russischen Fernsehsender zu produzieren.⁶

Dagegen hat Moskau auf den Ende September 1997 vorgelegten Bericht des Washingtoner Zentrums für strategische und internationale Studien sehr negativ reagiert, an dessen Abfassung frühere leitende Geheimdienstler beteiligt gewesen sind und der Gegenstand eines Hearings im Rechtsausschuß des Senats war. Auch ein etwa zum gleichen Zeitpunkt bekannt gewordenes BND-Papier über die OK in Rußland wurde von offizieller Seite als maßlos übertrieben dargestellt. Die "westliche" Perspektive kommentiert R. Podjomow mit Ausführungen über Kosten und Bilanz des "liberalen Projekts": "Der Westen erschreckt sich lautstark wegen der russischen Mafia – aber gleichzeitig wird unter entscheidendem Einfluß

⁵ Bericht über das Seminar in: MN Nr. 51/1997.

⁶ Äußerungen von Nečiporenko in: LG Nr. 11/1996 und in Segodnja vom 2.8.1996; über die Pläne von G. Winer vgl. Segodnja vom 29.12.1997.

des westlichen Kapitals in Rußland eben der korrupt-mafiose Staat errichtet, den der Westen so fürchtet."⁷

2. Zur Genese der System-Mafia

Zur Erklärung des spezifischen Charakters der OK in der Sowjetunion und im heutigen Rußland ist auf einige Elemente der bolschewistischen Herrschaftspraxis hinzuweisen. Wie bereits im Untergrund vor 1917, so war den Bolschewiki auch in den folgenden Jahren jedes Mittel recht, um die Macht zu behaupten – es wurden sowohl kriminelle Methoden angewendet als auch Zweckbündnisse mit Vertretern der kriminellen Sphäre geschlossen. Das frühere Politbüro-Mitglied A. Jakowlew hat Mitte 1998 konstatiert: "...seit 1917 sind wir gewohnt, in einer kriminellen Welt mit einem kriminellen Staat an der Spitze zu leben..." Sofern Angehörige bestimmter sozialer Gruppen (Adel, Großbürgertum, Geistlichkeit, ein erheblicher Teil der Intelligenz) nicht sofort liquidiert oder zur Emigration gezwungen wurden, sollten sie durch längerfristige Aufenthalte in Arbeitslagern umerzogen werden. Eine erhebliche Verstärkung dieser Kontingente gab es in den Jahren nach 1928, als Kulaken und andere – vermutete – Gegner von Kollektivierung und Planwirtschaft in den "Archipel Gulag" eingewiesen wurden. Um dort überleben zu können, haben viele Gefangene dieser Kategorien von ihren früheren Wert- und Moralvorstellungen Abschied nehmen müssen und sind Zweckbündnisse mit professionellen Kriminellen eingegangen; in Einzelfällen soll hinter dieser Entscheidung auch die Absicht gestanden haben, sich mit Hilfe dieser Verbindungen und ihrer Methoden zu einem späteren Zeitpunkt am sowjetischen System für das erlittene Unrecht rächen zu wollen. Es liegt auf der Hand, daß einzelne Häftlingskontingente sehr qualifiziert waren. Um den Lagerkomplex besser kontrollieren zu können, forderte das Innenministerium 1931 die Lagerleitungen auf, die Repräsentanten der Verbrecherorganisationen, die Autoritäten und die von ihnen anerkannten Führer, die "Diebe im Gesetz", für eine Zusammenarbeit zu gewinnen. Obwohl nach dem – ungeschriebenen – "Diebesrecht" eine Zusammenarbeit mit staatlichen Organen ausgeschlossen war, haben sich einige Vertreter dieser Gruppe dazu bereit erklärt, meist vermutlich als Folge von Folterungen oder Erpressungen.⁸

Im Interesse der Förderung weltrevolutionärer Ideen und der Durchsetzung ökonomischer Zielvorstellungen der sowjetischen Führung sind bereits in den zwanziger Jahren im Land selbst und im Ausland Aktivitäten gestartet worden, die zumeist auch auf dem Erfahrungsschatz bolschewistischer Untergrundarbeit basierten. Das betraf ein enormes Potential von Einrichtungen zur Fälschung von Dokumenten und Geldscheinen, den konsequenten Ausbau von Spionagenetzen im In- und Ausland, das Anwerben von

⁷ Kritische Stellungnahmen führender Experten Rußlands zur Washingtoner Studie in Aif Nr. 41/1997 sowie in Segodnja vom 1.10.1997 und NG vom 2.10.1997. Der Chef der Hauptverwaltung des Innenministeriums für den Kampf gegen die OK, V. Vasil'ev, wollte ihren Stellenwert dadurch herabmindern, daß er behauptete, sie beruhe zu 90% auf Materialien russischer Medien (Iz 26.11.1997). Kritik an der BND-Studie (vgl. dazu Spiegel Nr. 41/1997) in: MN Nr. 41/1997 und Iz vom 16.10.1997. Kommentar von R. Pod'emov in: NG vom 31.12.1997.

⁸ Interview mit A. Jakovlev in: Iz vom 17.6.1998. Albrecht, S. 92; Podlesskich/Terešonok, S. 163. Über wiederholte Versuche staatlicher Behörden, die OK-Oberschicht in den Straflagern zur Zusammenarbeit zu bewegen bzw. zu zwingen, berichtet M. Djomin, S. 33, 66, 254, 267, 381.

Sympathisanten oder erpreßbaren Personen. Die "Internationale Arbeiterhilfe" wurde durch bestimmte Privilegien in die Lage versetzt, enorme Vermögenswerte anzuhäufen. Um die "Großbauten des 1. Fünfjahrplans" mit moderner Maschinenteknik zu versorgen, wurde nicht nur Getreide – bei Unterversorgung ganzer Bevölkerungsgruppen und Landesteile – exportiert, sondern 1929 ein System zur Versorgung ausländischer Spezialisten und Touristen eingerichtet. Die Deviseneinnahmen dieser bis 1933/35 unterhaltenen Einrichtungen lagen über den Kosten für Importe von Ausrüstungsgütern der zehn größten Bauvorhaben des 1. Fünfjahrplans. Als weitere Quelle für Devisenerlöse wurde auf den Verkauf von Kunstgegenständen ins Ausland zurückgegriffen.⁹

Wie einer 1996 erschienenen Monographie über Leben und Werk von A. Hammer zu entnehmen ist, hat er in diesem Zusammenhang eine bemerkenswerte Rolle gespielt. Nachdem bereits die Drogeriekette seines Vaters Aktivitäten der KP der USA finanziert hatte und nach 1917 zu einer "finanziellen Drehscheibe" für sowjetische Interessen in den USA geworden war, erhielten andere Firmen der Familie Hammer u.a. das Monopol für den Absatz sowjetischer Exportprodukte. E. Epstein, der Biograph Hammers, führt den Nachweis, daß diese Geschäfte unter direkter Kontrolle des sowjetischen Geheimdienstes abliefen, und daß die Erlöse zur Finanzierung sowjetischer Geheimaktionen in den USA verwendet wurden.¹⁰ Während Hammer vermutlich freiwillig zur Zusammenarbeit mit sowjetischen Stellen bereit war, sind viele andere sowohl damals als auch später – insbesondere während ihrer Kriegsgefangenschaft – dazu gezwungen worden. Der deutsche Kommunist Karl Albrecht, der sich während seiner Jahre als sowjetischer Staatsbeamter mit diesen Methoden vertraut gemacht hat, beschreibt in seinem Ende der dreißiger Jahre erschienenen Buch detailliert das System der geheimen Informations- und Operationsabteilungen, das die Komintern in vielen Ländern aufgebaut hatte. Durch äußerst raffinierte Methoden sei es damals gelungen, "viele dieser exponierten Persönlichkeiten zur geheimen Mitarbeit zu pressen...In dieser Kominternkartothek ruht das Geheimnis mancher Persönlichkeit der Weltöffentlichkeit, die insgeheim oder öffentlich für die Sowjetunion wirkt, während gesellschaftliche Stellung, Erziehung und Abstammung sie zum Gegner des Bolschewismus stempeln mußten."¹¹

Die in den dreißiger Jahren bei der Auslandsspionage und bei illegalen außenökonomischen Aktivitäten gemachten Erfahrungen wurden noch in den siebziger und achtziger Jahren praktiziert. Als Beispiele seien hier der "Unternehmer" Szabtaj Kalmanowitsch und der Tennisspieler A. Redlis erwähnt, die 1971 bzw. 1979 als Agenten der GRU bzw. des KGB nach Israel emigriert sind. Mit finanzieller Unterstützung des KGB wurde Kalmanowitsch ein in mehreren Ländern, insbesondere in Südafrika, erfolgreicher Unternehmer, wobei er diese Aktivitäten mit KGB-Deals verbunden hat (Waffenhandel in die dritte Welt, illegale Bodenschätzeexporte usw.). Nach seiner im Dezember 1987 in Israel erfolgten Verhaftung wurde er zu neun Jahren verurteilt – ob er nach gut fünf Jahren im Austausch gegen politische

⁹ Albrecht, S. 107ff, 573ff. Über das "Torgsin"-System wurde, aufgrund freigegebener Archiv-Dokumente, in Aif Nr. 12/1998 berichtet.

¹⁰ Eine kritische Rezension von E. Epstein, Dossier: The Secret History of A. Hammer, New York 1996, in: NZZ vom 8.2.1997. Einen Überblick über spezifische Aktivitäten des "Großen Sünders, des größten und reichsten Freundes der Sowjetunion" A. Hammer findet sich in: Ogonek Nr. 19/1998.

¹¹ Albrecht, S. 342ff.

Gefangene der UdSSR oder wegen seiner Gesundheit freigelassen worden ist, ist offenbar strittig. Bemerkenswerterweise haben sich für seine Freilassung u.a. die russischen Politiker Pugo, Primakow und Ruzkoj eingesetzt; der bekannte Sänger und Unternehmer Kobson hat ihn von Israel nach Moskau zurückbegleitet. Erstaunlich ist weiter, daß Kalmanowitsch ein erhebliches Vermögen mitbringen konnte und bauliche, kommerzielle und kulturpolitische Maßnahmen in Moskau managt. So sponsert seine mit pharmazeutischen Produkten handelnde Firma "Liat-Natali" pro Jahr zwei Gastspiele von Weltstars in Rußland und eine Basketballmannschaft im litauischen Kaunas; Kalmanowitsch besitzt immer noch seinen israelischen Paß. Der Tennisspieler Redlis hat nicht nur bei Turnieren im Ausland direkte Kontakte zu KGB-Agenten gepflegt, sondern systematisch Informationen über das Rüstungspotential Israels und die gesellschaftspolitische Lage gesammelt. Bei seiner im Juni 1996 erfolgten Verhaftung hat er diese Vorwürfe im wesentlichen zugegeben, gleichzeitig aber behauptet, er habe diese Tätigkeit aus ideellen Gründen ausgeübt und nach 1988 keine Kontakte mehr zum KGB gehabt.¹²

Während diese zentral gesteuerten Aktivitäten die Stärke der Moskauer Führung belegen, darf daneben aber nicht übersehen werden, daß es in vielen Teilen der Sowjetunion immer wieder parallele Machtstrukturen gab, die ihre Position in Abstimmung mit den offiziellen Partei- und Regierungsorganen erreicht haben, oft hat es wohl regelrechte Personalunionen gegeben; Funktionäre, die zu solchen "pragmatischen Arrangements" nicht bereit waren, dürften eher die Ausnahme gewesen sein. Diese Zusammenhänge werden beispielhaft in einer Skizze des Drogenhandels aus Mittelasien über Orenburg nach Europa dargestellt, die zwei Mitarbeiter des Innenministeriums Ende 1996 veröffentlicht haben. Nach dieser Darstellung hat es diese bereits vor 1917 vorhandene Schiene während der gesamten Sowjetzeit gegeben mit Ausnahme der Jahre 1939 bis 1945; verantwortlich werden dafür Bündnisse zwischen Machtstrukturen und den in einzelnen Landesteilen herrschenden Clans, daneben spezielle Interessen des sowjetischen Geheimdienstes gemacht. Die Transformation des staatlichen Systems der Sowjetunion während der dreißiger Jahre habe Nischen für verschiedene Gruppen der OK, u.a. für die Drogenbosse, geschaffen. Da Anfang der dreißiger (und bis Mitte der fünfziger) Jahre alle "Rechtsschutzaktivitäten" der Geheimdienste für geheim erklärt wurden, konstatieren die beiden Verfasser für diesen Zeitraum das Fehlen relevanter Informationen über den Kampf gegen die OK und speziell den Drogenhandel. Wenn es in den folgenden Jahrzehnten Informationen und Prozesse im Zusammenhang mit kriminellen Aktivitäten bestimmter Clans gegeben habe, so seien dies in der Regel Folgen von Intrigen innerhalb der Parteihierarchie gewesen.¹³

War im Verlauf des sechsjährigen "Hundekriegs" (1947-1953), mit dem Stalin und Berija die OK liquidieren und sicher auch oppositionelle Gruppen einschüchtern wollten, die Position paralleler Machtstrukturen geschwächt worden, ist es seit Mitte der fünfziger Jahre zu einer regelrechten Renaissance krimineller Organisationen und zu häufigen Absprachen zwischen ihnen und Angehörigen der Partei-, Staats- und Wirtschafts-nomenklatura gekommen. Derartige Kontakte wurden nicht zuletzt durch die Regelung erleichtert, daß der KGB und

¹² Über Kalmanovič vgl. LG Nr. 9/1996 und ein Interview mit ihm in: Aif Nr. 31/1996; über Redlis: RG vom 8.10.1996.

¹³ B. Kalačev und A. Barinov in Segodnja vom 16.10.1996.

andere Rechtsschutzorgane nicht gegen Angehörige der Nomenklatura ermitteln durften. Hatten sie größere Verfehlungen festgestellt, so mußten sie das übergeordnete Parteikomitee über den Sachverhalt informieren; erst nach dem von diesem Komitee verfügten Parteiausschluß konnte ein Verfahren eingeleitet werden. Über sehr einflußreiche oder sogar oft dominierende "parallele Systeme" in Wirtschaft und Politik, die sich in den letzten Jahren in den meisten Gebieten Rußlands formiert haben, liegen inzwischen umfangreiche Informationen vor.¹⁴ Dabei ist von entscheidender Bedeutung, daß für das Ausgangsjahr 1991 von einer vererbten "heterogenen Wirtschaftsstruktur" Rußlands auszugehen ist. Nach Überzeugung von W. Makarenko ist von einer Wirtschaft auf der Ebene der Nomenklatura-Elite, von einer Wirtschaft im Rahmen des militärisch-industriellen Komplexes, einer allgemein-zivilen Wirtschaft, einer Natural- und reinen Agrarwirtschaft, schließlich von der kriminell-mafiosen Wirtschaft und der Wirtschaft des "Schwarzen Markts" zu sprechen.¹⁵

Das hierarchisch organisierte – offizielle – Wirtschaftssystem der früheren Sowjetunion und die parallel dazu operierenden Kontrollorgane der Partei und des Geheimdienstes haben wesentlich zur Verbreitung von Mechanismen der OK beigetragen. Beamte der jeweils übergeordneten Ebene des staatlichen Systems der Planung und Verteilung (Gosplan und Gosstat) hatten offenbar einen erheblichen Spielraum, die im Einzelfall relevanten Planziffern und Liefermengen zu manipulieren. Daneben gab es "Kuratoren" in Parteikomitees und "zuständige Sachbearbeiter" beim Geheimdienst, die entweder direkt wegen solcher Deals angesprochen oder als passive Mitwisser gewonnen werden konnten. Diese Praxis hat A. Streljanyj wie folgt skizziert: "Vor 1985 hat jeder ein Dach bei der KP oder beim KGB gesucht."¹⁶ Ein solches "Schutzdach" war für kriminell aktive KP-Mitglieder beim jeweils übergeordneten Parteikomitee erforderlich, da dies der Adressat für die gegebenenfalls ermittelnde "Parteikontrollkommission" war.¹⁷

Von entscheidender Bedeutung für das Verständnis der nach 1989 zu beobachtenden Entwicklungen in der Sowjetunion und anderen sozialistischen Staaten ist die Kenntnis von Gruppenbildungen innerhalb der Führungsgruppe der jeweiligen Nomenklatura – nur dort konnten strategische Entscheidungen getroffen werden, die auf stärkere Modifizierungen des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems abzielten. A. Belawin ist der Überzeugung, daß sich in der Sowjetunion mit zunehmenden Krisensymptomen ab der zweiten Hälfte der siebziger Jahre vier Gruppen innerhalb der Nomenklatura formierten¹⁸:

- Die am besten informierten Funktionäre strebten in Kenntnis der Krise und des zunehmenden Abstands zu den Industriestaaten eine Modernisierung des Systems durch liberale Reformen an; sie traten für die Umwandlung des kollektiven Verfügungsrechts der Nomenklatura über Produktionsmittel und Staatseigentum in individuelle Eigentumsrechte ein.

¹⁴ Über Bestimmungen hinsichtlich der "Immunität" von Nomenklaturaangehörigen berichten Gdljan/Ivanov, S. 12, 175; über "parallele Systeme" vgl. Knabe, 1997 (1), S. 71f.

¹⁵ Hinweis auf die Untersuchungen von V. Makarenko bei Knabe, 1997 (1), S. 79.

¹⁶ Einschätzung von A. Streljanyj in: Iz vom 29.4.1994; ausführliche Darstellung der verhängnisvollen Folgen des "Kurator"-Systems bei I. Zemcov und Gdljan/Ivanov, passim.

¹⁷ Gdljan/Ivanov, S. 251f.

¹⁸ NG vom 19.1.1993.

- Konservative, die den Ernst der Lage nicht erkannt hatten, wollten am bisherigen System und der traditionellen Eigentumsregelung festhalten.
- Eine stärker an russischen nationalen Interessen orientierte Fraktion votierte für eine entsprechende Modifizierung der marxistisch-leninistischen Ideologie.
- Die "Zyniker" schließlich waren zu jeder Kursänderung bereit, sofern sie ihre privilegierte Machtposition behalten konnten.

Das Personal in den Führungsgremien der Partei und anderer zentraler Machtorgane, in denen möglicherweise strategische Planungen für radikale Änderungen der bisherigen Innen- und Wirtschaftspolitik durchgeführt werden sollten, dürfte ziemlich zutreffende Vorstellungen von der Zugehörigkeit des letztlich entscheidenden Personenkreises zu den oben skizzierten Gruppen gehabt und auf dieser Grundlage das methodische Vorgehen zur Gewinnung, "Pazifizierung", vielleicht aber auch zur Ausbootung oder gar Eliminierung der in Frage kommenden Personen erarbeitet haben. Neben dieser spezifischen "Personalpolitik" waren freilich Kenntnisse der bürokratischen Spielregeln im Politbüro und Sekretariat des ZK der KPdSU erforderlich, beispielsweise über die Kompetenzen des "persönlichen Sekretärs" von Gorbatschow, Ju. Boldin, im Zusammenhang mit der Weitergabe von Informationen, oder über die Protokollierung von Sitzungen und Entscheidungen des Politbüros. Es ist darauf hinzuweisen, daß es bis heute bei damaligen Spitzenpolitikern unterschiedliche Auffassungen hinsichtlich der Protokollierung von Gesprächen Gorbatschows gibt.¹⁹

3. Vorbereitungen auf den Systemwechsel

Die von Generalsekretär Gorbatschow zwischen 1985 und 1989 begonnenen Maßnahmen zur partiellen Modernisierung des sowjetischen Systems hatten anfänglich noch keine systemverändernde Implikation, sondern waren vielmehr von den Ideen und Strategien seines ursprünglichen Förderers Ju. Andropow inspiriert. Schritte zur politischen Pluralisierung waren immer von Maßnahmen begleitet, die ein zuverlässiges Gegengewicht gegen mögliche negative Folgen der gesteuerten Demokratisierung bilden sollten. Auch das Zulassen ethnischer Konflikte und die Berichterstattung über diese Ereignisse dürften mit der Intention verbunden gewesen sein, die Bevölkerung der Sowjetunion und vor allem Rußlands zu "disziplinieren"; sie sollte die bisherige Ordnung als erhaltenswert einschätzen.²⁰ Mit den zwischen 1986 und 1988 eingeführten Regelungen auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik (vor

¹⁹ V. Boldin behauptet in einem Anfang 1998 geführten Interview, Gorbachev sei über alle Vorgänge im ZK-Apparat informiert worden, Gorbachev und A. Černjaev hätten die Protokolle von Gesprächen mit westlichen Politikern "massiv überarbeitet" und Gorbachev habe sogar ganze Seiten aus diesen Aufzeichnungen herausgenommen – mit der Folge, daß die Führung des Landes über diese Gespräche nicht umfassend informiert worden sei (Aif Nr. 18/1998). Gegen die Behauptung des früheren KGB-Generals N. Leonov, viele dieser Gespräche seien nicht vom offiziellen Dolmetscher Gorbachevs übersetzt und auch nicht protokolliert worden, haben sich Černjaev und der Dolmetscher entschieden gewehrt – es habe "keinerlei Geheimnisse" gegeben (MN Nr. 10/1997).

²⁰ Als erste hat wohl A. Jarošinskaja öffentlich diesen Verdacht geäußert (LG Nr. 25/1992). Der damalige 2. Sekretär des ZK der KP Azerbajdžans, V. Poljaničko, soll 1988 die ersten ethnischen Säuberungen veranlaßt haben (Sobesednik Nr. 41/1996); die Generalstaatsanwaltschaft soll Ermittlungen im Zusammenhang mit den Pogromen von Sumgajt überaus oberflächlich geführt haben (Gdljan/Ivanov, S. 302). Kaum noch bestritten werden zentrale veranlaßte Waffenlieferungen sowohl an Armenien als aber auch an Azerbajdžan.

allen die Gesetze über Genossenschaften und individuelle Arbeitstätigkeit sowie das Unternehmensgesetz) sollten das Potential der Schattenwirtschaft und Aktivitäten der Betriebsleiter der Volkswirtschaft insgesamt zugute kommen. Allerdings haben damals viele ausländische Beobachter übersehen, daß bereits Anfang 1989 die den Genossenschaften und Kleinbetrieben zunächst erlaubten Außenhandelsgeschäfte wieder untersagt wurden – daraus war im Grunde zu schließen, daß eine kontinuierliche Liberalisierung des Wirtschaftslebens nicht beabsichtigt war.²¹ Als 1987 die Branchenabteilungen im ZK aufgelöst wurden, haben viele Gruppen der Nomenklatura einen Trend in Richtung Änderung der Eigentumsordnung gesehen. Allerdings hat sich das Gros unternehmerischer Gruppen in der Schattenwirtschaft diesem Kompromißangebot verweigert. Die Parteiführung hat dann auch erkennen lassen, daß sie weiterführende Schritte zur Effizienzsteigerung des Systems unternehmen will. Die damals eingeleitete umfassende Reform der Wirtschaftsverwaltung in allen Unionsrepubliken wurde als Bemühen um Ökonomisierung der politischen Machtposition der KPdSU interpretiert. Mit dem "Gesetz über das Eigentum in der UdSSR" (März 1990) wurden ebenfalls Signale in Richtung Änderung der Eigentumsordnung gesendet.

Gleichzeitig verschärften sich die Krisensymptome in vielen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft, so daß führende Politiker nur noch von einem prinzipiell "Neuen Kurs" eine Überwindung der Krise erhofften. Nach Einschätzung von Ju. Ryshow gab es 1988 eine letzte Chance, den Zusammenbruch des Systems zu verhindern, als das Budget für 1989 aufgestellt wurde; damals hätte der Militäretat ohne größere Probleme um einige zig Milliarden Rubel gekürzt werden können, die dringend für Reformen im sozioökonomischen Bereich gebraucht worden wären.²² Angesichts dieser Lage dürften bestimmte Gruppen in der Führung bereits zu diesem Zeitpunkt erkannt haben, daß die von der Gorbatschow-Mannschaft danach versuchten Rettungsaktionen die befürchtete Katastrophe höchstens um einige Monate hinausschieben, nicht aber mehr verhindern konnten.

Die Mitte 1996 publizierten Materialien über die 1991 erfolgte Einschätzung der ökonomischen Lage der Sowjetunion durch den damaligen ersten stellvertretenden Premierminister W. Schtscherbakow lassen den Eindruck entstehen, als hätten Teile der Führung – neben Premier Pawlow auch Gorbatschow – erst 1991 den Ernst der Lage erkannt. Die im Entwurf seines "Antikrisenprogramms" von Schtscherbakow vorgeschlagenen Kürzungen bei den Sozialprogrammen seien damals der einzige Weg gewesen, den finanziellen Zusammenbruch des staatlichen Systems zu verhindern. Das für 1991 vorgesehene Konversionsprogramm sah dagegen von vornherein keine Einsparungen zugunsten der Zivilwirtschaft vor, da freiwerdende Kapazitäten (Produktionskapazitäten, Beschäftigte) den "Mobilisierungsplänen" gutgeschrieben wurden: "Das haben der Gosplan und die militär-industrielle Kommission der Regierung veranlaßt, wobei sie darauf verwiesen, daß es noch keine neue Militärdoktrin gebe...Das war die politische Lage, und sogar die Regierung war in dieser Situation

²¹ Über das "Unternehmensgesetz", die Genossenschaften und die "individuelle Arbeitstätigkeit" im Kontext mit der ursprünglichen Perestrojka-Konzeption vgl. K. Schmid (Hg.), Gesetzgebung als Mittel der Perestrojka, Baden-Baden, 1991. Hinweise auf Einschränkungen der Exportmöglichkeiten finden sich in: *Obščestvo i ekonomika*, Nr. 6/1996, S. 14f.

²² OG Nr. 32/1997.

machtlos."²³ Dieser "Neue Kurs", als dessen ideologische Basis die Konzeption des "Neuen Denkens" von A. Jakowlew und M. Gorbatschow bezeichnet werden kann, wollte unter anderem durch politische Zugeständnisse der Sowjetunion – Öffnung der Grenze in Ungarn, Fall der Berliner Mauer, Gewährleistung des Selbstbestimmungsrechts für die Menschen der sozialistischen Staaten – ein finanzielles (Bereitstellung größerer Kredite bis hin zu einem umfassenden Marshall-Plan) und ökonomisches Entgegenkommen des Westens (Verzicht auf Kokom-Liste) erreichen. Erst später ist bekannt geworden, daß der damalige Ministerpräsident W. Pawlow 1988 Präsident Bush aufgesucht hat, um einen Kredit in Höhe von 25 Mrd US-Dollar zu erhalten.²⁴ Schließlich wurde 1989 versucht, den Westen davon zu überzeugen, daß es sich bei der Sowjetunion nicht um das "Reich des Bösen" handle, indem man auf die viel größere Gefahr durch grenzüberschreitende Kriminalität und den internationalen Terrorismus hinwies. Um die Bereitschaft zu einer umfassenden Zusammenarbeit zu demonstrieren, reisten damals KGB-Generäle zu vertraulichen Gesprächen in die USA, und es wurden mit mehreren Ländern Vereinbarungen über die Zusammenarbeit beim Kampf gegen die OK getroffen.²⁵

Gorbatschow ist möglicherweise die Unausweichlichkeit des Zusammenbruchs der Sowjetunion erst Mitte 1991 klar geworden, vermutlich ist er auch von einigen Mitgliedern des Politbüros oder seinem Büroleiter nicht über Maßnahmen zur Vorbereitung auf diese Entwicklung unterrichtet worden. So ließe sich beispielsweise die Einrichtung eines "Sicherheitsrats der Sowjetunion" im Januar 1991 erklären. Nachdem Ende 1990 die Konzeption des Reformprogramms "500 Tage" verworfen worden war und obwohl Gorbatschow vom Umfang des alliierten Militäreinsatzes in der Irak-Krise tief enttäuscht gewesen ist, hat er an einer Komponente des Reformprogramms – wesentliche Impulse für die Krisenüberwindung durch westliches Engagement – festgehalten: Im Frühjahr wurde Jawlinskij beauftragt, in den USA zusammen mit Sachs und Allison ein Programm für ökonomische Reformen in der Sowjetunion auszuarbeiten – auch Primakow und Schtscherbakow waren in dieses Vorhaben eingebunden.²⁶

Es wurde bereits erwähnt, daß bestimmte Führungsgruppen von vornherein die Aussichten auf den Erfolg solcher Rettungsaktionen als minimal oder überhaupt nicht gegeben eingeschätzt hatten – die anderen Gruppen dürften spätestens 1990 oder 1991 zu dieser Einsicht gelangt sein. Wenn nun in diesem Zusammenhang die Frage nach einem inoffiziellen Leitungszentrum für die Umstrukturierung von Nomenklatura-Elementen beantwortet werden soll, so dürfte sich aus dem skizzierten Kontext bereits ergeben haben, daß verschiedene Gruppen zu unterschiedlichen Zeitpunkten versucht haben dürften, Maßnahmen zu initiieren,

²³ Iz vom 28.6.1996.

²⁴ Sibirskaja gazeta Nr. 15/1994. A. Jakovlev hat in einem Mitte 1998 geführten Interview behauptet, sein Ziel sei von vornherein gewesen, "...das totalitäre System von innen mit Hilfe der Disziplin der totalitären Partei zu untergraben..." und so das sowjetische System zu beseitigen (Iz vom 17.6.1998).

²⁵ Die KGB-Generäle F. Ščerbak und V. Zvezdenkov sind damals zu einer "geheimen Konferenz" mit hohen CIA-Mitarbeitern gereist, um Maßnahmen gegen den internationalen Terrorismus zu koordinieren (Podlesskich/Terešonok, S. 39). Über damals getroffene Vereinbarungen vgl. Knabe, 1995, S. 59f.

²⁶ A.S. Černjaev, Šest' let s Gorbačevym, M. 1993, S. 449. Zu erinnern ist auch an das noch im Frühjahr 1991 unter maßgeblicher Beteiligung von G. Javlinskij erarbeitete Programm "Übereinkunft über unsere Chance. Über das gemeinsame Programm der UdSSR und des Westens" (Obozrevatel' Nr. 7/1997).

die speziell ihren Interessen entgegenkommen sollten. Die im Lauf der letzten Jahre zusammengetragenen Indizien erlauben durchaus sachdienliche Schlußfolgerungen, ohne freilich ein "Gesamtbild" vermitteln zu können. Berichte über die außerordentliche Härte der Auseinandersetzungen zwischen Vertretern verschiedener früherer Nomenklaturgruppen sprechen für die Vermutung, daß von mehreren Zentren auszugehen ist, wobei es freilich auch seit 1989/90 zu neuen Koalitionen zwischen einzelnen Gruppen gekommen sein kann.

Aufgrund der bis 1991 bestehenden Rahmenbedingungen ergibt sich zwingend, daß sowohl die Vorbereitungen zur Schaffung eines solchen Zentrums als auch die Details seines Funktionierens nach den Regeln konspirativer Tätigkeit erfolgen mußten – es durfte also nur eine möglichst kleine Anzahl unbedingt erforderlicher und zuverlässiger Experten eingeweiht werden, absoluter Gehorsam und ein Schweigegebot (einschließlich der Androhung von Liquidierung im Fall eines Verrats) gehörten dazu. Grundsätzlich ist davon auszugehen, daß sich der oder die Initiatoren für die Schaffung eines neuen strategischen Planungs- und Leitungszentrums der Zustimmung oder zumindest Tolerierung der bestehenden Machtzentren versichert haben dürften. Freilich ist dabei zu berücksichtigen, daß es in den hier interessierenden Jahren 1989 bis 1991 sowohl im Politbüro als auch im Ministerrat der UdSSR und im KGB jeweils zwei und mehr Gruppierungen mit teils diametral gegensätzlicher Interessenlage gegeben hat. Als relativ homogen kann zum damaligen Zeitpunkt wohl nur der Geheimdienst des Generalstabs eingeschätzt werden.²⁷ Die Initiatoren dürften fallweise auch versucht haben, Repräsentanten anderer, damals nicht offizieller Machtzentren in Gesellschaft und Wirtschaft (z.B. die Schattenwirtschaft, die Kirche, die OK) in ihre Planungen einzubeziehen. Es kann aber daneben – zumindest auf regionaler oder sektoraler Ebene – nicht ausgeschlossen werden, daß Versuche zur Gründung eines Zentrums unternommen wurden, ohne dies mit den bestehenden Machtzentren abzustimmen; Voraussetzung für den Erfolg eines solchen Unternehmens war freilich, daß man die realen Machtverhältnisse in dem jeweiligen Operationsfeld zutreffend eingeschätzt und ausreichend starke Verbündete gewonnen hatte. Initiatoren beider Kategorien von Zentren dürften in einem gewissen Umfang auch die Interessen und die Aktionsbereitschaft von Gruppen im Ausland in ihre Planungen einbezogen haben.

Es liegt auf der Hand, daß beim Aufbau und beim strategischen Vorgehen eines solchen Zentrums ein Höchstmaß an Konspirativität gewährleistet sein mußte. Dies haben offenbar die Politiker nicht ausreichend berücksichtigt, die sich im August 1991 zum "Staatskomitee für den Ausnahmezustand" zusammengeschlossen hatten, um durch Androhung von Gewalt die Aufrechterhaltung der alten Ordnung zu erzwingen. Sie sind offenbar nahezu ausschließlich von einer personalistischen Perspektive ausgegangen, ohne andere Bereiche und dort vorhandene Interessen in ihr Kalkül einzubeziehen. Darin sah der damalige stellvertretende KGB-Chef L. Schebarschin die eigentliche Ursache für das Scheitern des August-Putsches: "Für unsere Führung war Politik immer nur ein Zusammenwirken verschiedener Persönlichkeiten: ihrer Konflikte, Komplote und Intrigen. Darin sehe ich die Gründe für den

²⁷ Über die Hauptverwaltung Aufklärung des Generalstabs der Streitkräfte der Sowjetunion bzw. Rußlands interessante Details in: Sobesednik Nr. 35/1996, unter Bezugnahme auf zwei von A. Martin in den USA herausgegebene Bücher.

Putschversuch und für sein Scheitern."²⁸ Er selbst hatte während dieser Tage angeordnet, daß die KGB-Kampfgruppe "Beta" einem möglichen Befehl des Komitees zum Sturm auf Jelzins Amtssitz nicht Folge leisten sollte. Diese Position Schebarschins, der kein Sympathisant Jelzins war, läßt sich im Grund nur dadurch erklären, daß er zum damaligen Zeitpunkt bereits von einem "anti-sowjetischen" Kurs ausging. Am 22. und 23.8.1991 amtierte er als KGB-Chef, nahm dann aber bald seinen Abschied.

Anfang 1997 äußerte der Vorsitzende des Kollegiums des Rats für Außen- und Sicherheitspolitik S. Karaganow: "Zur Zeit suchen alle im Ausland die Mafia, die Rußland dirigiert. Möglicherweise stellen gerade wir diese Mafia dar."²⁹ Tatsächlich sprechen manche Informationen dafür, daß es mehrere "Zentren" mit Zuständigkeiten für bestimmte Bereiche der Innen- und Außenpolitik geben dürfte. Ob darüber hinaus ein "Superhirn" existiert, das allen entsprechenden "Strukturen" strategische Anweisungen gibt, kann zwar vermutet, aber aus naheliegenden Gründen bislang nicht beantwortet werden. Um eine gewisse Vorstellung von einschlägigen Überlegungen russischer Experten zu vermitteln, sollen einige Theorien skizziert werden.

Der Journalist A. Pereswet hat Anfang 1995 die Quintessenz seiner Ermittlungen unter der Überschrift "Die Adjutanten der "Schwarzen Kasse"" veröffentlicht und abschließend konstatiert, daß ein "Untergrund-Obkom" funktioniert.³⁰ Nach seiner Darstellung wurden freigestellte frühere Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes beauftragt, für die Sicherung und möglichst profitables Investieren von KP-Geldern zu sorgen – als Dachorganisation sei 1990/91 die fiktive Holding "Sistema" als Aktiengesellschaft gegründet worden. Nationalistische Gruppierungen und spezielle "Sicherheitsdienste" sorgten dafür, daß alles "unter Kontrolle" blieb und zu einem späteren Zeitpunkt für das neue Rußland nutzbar gemacht werden könnte. Im einzelnen schildert Pereswet ökonomisch-politische Aktivitäten von A. Wedenkin, A. Wengerowskij und A. Barkaschow.

Die Untersuchungen von W. Woronow, die er im Herbst 1996 unter der Überschrift "Die Spur der Unsichtbaren" in einer Moskauer Wochenzeitschrift veröffentlichte, und Kommentare zu einem 1995 geführten Interview mit einem angeblichen Mitglied ("Wladimir") der Gruppe "Feliks" in der "Komsomol'skaja pravda" gehen in eine ähnliche Richtung. W. Woronow hat sich detailliert mit den Morden an A. Men, D. Cholodow und I. Kiwelidi, aber auch mit der Ermordung von sieben litauischen Grenzbeamten im Juli 1991 sowie mit den Attentaten auf die Repräsentanten der russischen Regierung W. Poljanitschko und A. Romanow in südrussischen Konfliktgebieten befaßt. Obwohl Woronow die sehr unterschiedliche Zielrichtung dieser Terrorakte verdeutlicht, gelangt er doch zu der Überzeugung, daß sich in allen Fällen

...die Hand von Professionellen einer sehr konkreten Behörde zeigt. Oder von Behörden. Und die gleiche Hand der Unsichtbaren behindert die Untersuchung, führt sie in die Sackgasse oder auf eine falsche Spur. Über einen Zufall könnte man in einem einzelnen Fall sprechen. Hier handelt es sich um ein System. Die Kriminalfälle, die der Präsident unter seine persönliche Kontrolle nahm, und die von Generalstaatsanwälten, Innenministern und Direktoren der Ge-

²⁸ Interview mit Šebaršin in: Focus, Nr. 7/1993.

²⁹ Ogonek Nr. 17/1997.

³⁰ Ogonek Nr. 3/1995.

heimdienste bearbeitet werden, kommen nach wie vor nicht voran, verlaufen im Sand oder geraten in Vergessenheit. Solche "Zufälligkeiten" sind nur dann möglich, wenn sich die mächtige und für Nichteingeweihte unsichtbare Hand geheimer staatlicher Dienste auf die Untersuchungsbände der Kriminalfälle legt. Und die leise Stimme eines Menschen im Anzug äußert: "Es muß nicht sein..."³¹

Das Interview mit "Wladimir" erlaubt einen guten Einblick in die Struktur der mysteriösen Organisation "Feliks". Freilich muß dabei berücksichtigt werden, daß es sicher nur Teileinblicke gewährt und sicher auch Desinformationen enthält. Nach dieser Darstellung wurde die Organisation als "Spezialabteilung 'F'" im Februar 1991 gegründet, um die Rahmenbedingungen einer neuen Ordnung in Rußland zu schaffen. Unter Leitung eines Generals gehörten ihr etwa 60 Offiziere im Alter von 31 bis 45 Jahren an, die überwiegend zu anderen Institutionen abgeordnet wurden. Erwähnt werden "Geschäftsbanken" und "Forschungseinrichtungen"; einige hätten früher in der Verwaltung "A" der Politischen Hauptverwaltung des KGB gedient, die für subversive Aktionen im Ausland zuständig war. Die Organisation habe in den ersten Jahren "normal" gearbeitet, es seien Berichte, Programme und Konzeptionen erarbeitet und auch Agenten in den "oberen Schichten der Gesellschaft" geworben worden; bei den regelmäßigen Treffen mit den Leitern des Sicherheitsdienstes des Präsidenten und der Hauptverwaltung für den Staatsschutz seien konkrete Vorschläge für außenpolitische Entscheidungen Rußlands unterbreitet worden. Schwerpunkte seien Bemühungen um Nachweise für die Verbindungen der ökonomischen und politischen Eliten der Nachfolgestaaten der Sowjetunion mit dem internationalen Drogenbusiness (erst Tschetschenien, dann Aserbajdschan und Estland) sowie die Beweisführung gewesen, daß Rußland und andere GUS-Staaten als bevorzugte Objekte für das Investieren und Waschen schmutzigen Geldes zu betrachten sind. Als sich die Lage in Rußland weiter verschlechterte und insbesondere die Effizienz der Geheimdienste immer weiter zurückging, habe "Feliks" nach Wegen gesucht, um die Beschlußfassung in Entscheidungsgremien stärker zu beeinflussen. Als auch diese Versuche ohne nennenswerten Erfolg blieben, habe man sich – in Anlehnung an südamerikanische Vorbilder – für das Instrument der Todesschwadrone entschieden, um "Politiker, einflußreiche Geschäftsleute und korrupte Journalisten" einzuschüchtern oder auch zu liquidieren. Als Frist wurde dabei das Jahresende 1995 genannt – sollte bis dahin nichts von nachhaltigen staatlichen Maßnahmen gegen "Beamte und Bankiers, die kriminelle westliche Aufträge erfüllen", spürbar werden, werde man aus Absplitterungen der Geheimdienste Todesschwadronen bilden – "Wladimir" vergißt dabei auch nicht, die Personengruppen zu nennen, deren Liquidierung vorrangig auf dem Plan stehen werde.³²

Im Zusammenhang mit ausführlichen Recherchen der Ermordung von D. Cholodow ist der Redaktion der Moskauer Wochenzeitung "Argumenty i fakty" ein Dossier zugespielt worden, das eine bemerkenswerte Version der Tat enthält. Danach sollte Cholodow Material gegen den Geheimdienst des Generalstabs GRU erhalten, das die Militärische Gegenspionage, eine Abteilung des Inlandsgeheimdienstes FSK, zusammengetellt hatte. In ihrem Kommentar zu dieser Version führt die Redaktion aus:

³¹ Sobesednik Nr. 41/1996.

³² Koms. pr. vom 7.7.1995.

Der Geheimdienst GRU ist eine besondere Struktur in unserem Staat. Während der letzten 150 Jahre ist er vom Wind der Veränderungen nicht berührt worden – sein Personal hat nahezu unversehrt die Große Oktoberrevolution, die Stalinschen Repressionen, den August-Putsch 1991 und die darauf folgende umfassende Säuberung von KGB und Innenministerium überstanden... Bis heute hat er die weltweit durchgeführten Operationen im Interesse unserer nationalen Sicherheit nicht aufgegeben.³³

Ein äußerst dubioses "Zentrum" – das "Föderale Detektivbüro Rußlands" unter seinem Präsidenten I. Woronzow – wurde Mitte 1994 zerschlagen; Details seiner zweijährigen Geschichte sprechen dafür, daß es von vornherein als "Irrläufer" bzw. als Möglichkeit zur Kompromittierung bestimmter Personen geplant war.³⁴ Nach seiner Satzung wollte das "Büro" in Zusammenarbeit mit Vertrauenspersonen in den Geheimdiensten u.a. die Chefs von OK-Gruppen liquidieren und für die Beseitigung von Gegnern des "Büros" in Staatsorganen, kommerziellen Strukturen und Mafiagruppen sorgen – letztlich ging es um die Schaffung einer parallelen Machtstruktur. Woronzow bekam 1990 eine Stelle als Assistent von M. Uljanow, Abgeordneter im Obersten Sowjet der UdSSR, er gründete dann die "Unionsassoziation der Assistenten der Volksdeputierten der UdSSR" und Ende 1993 die "Assoziation der Assistenten der Abgeordneten beider Kammern der Föderalversammlung" und arbeitete in der Informationsabteilung des Präsidenten. Gemeinsam mit einem Polizeigeneral und einem GRU-Mitarbeiter gründete er das "Büro", das durch eine Anweisung des Innenministeriums (11.11.1992) und einen Erlaß Präsident Jelzins (17.5.1993) legalisiert wurde – beide Dokumente wurden später als Fälschungen bezeichnet. Zu den 200 Mitgliedern des Büros, die spezielle Ausweise und Vollmachten erhielten, zählten zum einen bekannte Persönlichkeiten, zum anderen Vertreter der OK. Als Vertreter der ersten Kategorie sind G. Shochin als Präsident der Firma "Partner" (und Bruder des Ministers), der Moskauer Vizepremier W. Malyschkow und der Kosmonaut A. Balandin zu nennen, als Vertreter der zweiten Kategorie drei Repräsentanten der OKG "Solnzewo" (Michajlow, Awerin und Tamm = "Arnold") sowie W. Sewastjanow = "Sewa Baumanski". Die Organisation Woronzows war auch auf ökonomischem Gebiet sehr aktiv und hatte zuverlässige Bankverbindungen (Bank "Soziale Entwicklung"). Wenn I. Baranowskij die sich über fünf Jahre erstreckenden Aktivitäten Woronzows im Moskauer Machtzentrum ausschließlich als "fiktiv" bzw. betrügerisch darstellt, so kann diese Sichtweise nicht überzeugen.

Wenn in Rußland Vermutungen über eine mächtige "dritte Kraft" im Untergrund angestellt werden, wird in der Regel auch auf die legendenumwobene Organisation "Weißer Pfeil" hingewiesen. L. Sharow hat sich Mitte 1995 mit dieser Organisation befaßt und in diesem Kontext auch A. Tarasow, Repräsentant des Stabs des "Verbands sowjetischer Tschekisten", interviewt.³⁵ Tarasow, selbst ehemaliger Oberst der GRU, präzisierte dabei, daß allein dem Stab 19 Offiziere und Generäle verschiedener GUS-Staaten angehörten. Nach dem Programm stellt sich der im Januar 1995 auf der Krim gegründete Verband das Ziel, mit ökonomischen Mitteln und unter Verwendung finanzieller KP-Ressourcen die Voraussetzungen für die Wiedergründung der Sowjetunion zu schaffen. Sharow stellt sechs Versionen zum Phänomen des "Weißen Pfeiles" vor:

³³ Aif Nr. 43/1994 (vgl. dazu auch: Sobesednik Nr. 44/1994).

³⁴ Über dieses "Büro" in: MN Nr. 60/1994 und 3/1995 sowie in: Ogonek Nr. 26/1995.

³⁵ Interview mit A. Tarasov in: OG Nr. 27/1995 (vgl. dazu auch: Ogonek Nr. 24/1995).

- Den "Weißen Pfeil" als eine konkrete Organisation gibt es nicht. Es gibt eine Serie geheimer Operationen zur Liquidierung einiger Schlüsselfiguren der kriminellen Szene. Oder auch: Es handelt sich um ein Kontor erstklassiger Killer aus den Geheimdiensten, die Aufträge von außerhalb erfüllen, wobei sie unter der Kontrolle ihrer Vorgesetzten stehen – letztere freilich nehmen diese Aufträge an und koordinieren ihre Ausführung.
- Der "Weiße Pfeil" existiert als eine besonders geheime Unterabteilung, die der äußerst erschreckte und ratlose Staat im Interesse der bloßen Selbsterhaltung gründete. Denn bei einem möglichen Machtantritt von Kwantrischwili – und er war gar nicht mehr weit davon entfernt – hätte dies zu schrecklichen Folgen geführt.
- Bei dem "Weißen Pfeil" handelt es sich um ein Projekt, das in einer äußerst schwierigen Lage realisiert werden soll (beispielsweise bei einer Wahlkampagne, durch die die OK zur Macht drängt).
- Der "Weiße Pfeil" ist lediglich eine Folge der zahlreichen Gespräche, die intern im Innenministerium, im FSB und in den anderen Geheimdiensten geführt werden. Dabei stärkt jeder Tod eines von Banditen umgebrachten Mitarbeiters die Idee einer Superorganisation, die auch die Funktion der Rache zu übernehmen hat.
- Der "Weiße Pfeil" ist eine raffiniert konstruierte Desinformation universellen Charakters. Für die Banditen bestimmt, damit sie sich klarmachen, daß sich alle unter den Augen Gottes bewegen – und nicht unter dem Gesetz; für die Geschäftsleute, damit sie sich ihres eigentlichen Platzes und ihrer Verpflichtung zur Versorgung der Beamtschaft bewußt bleiben; für die Politiker, damit sie nicht übermäßig auf ihrer Unverletzlichkeit beharren; für die Beamten, die sich selbst als Reichgewordene immer noch "an der Leine" fühlen sollen.
- Eine solche oder ähnliche Organisation gibt es tatsächlich. Und sie besteht unter dem Schutz einflußreicher Leiter, die auf den Zeitpunkt warten, um das Land zu retten und all das Gesindel zu verjagen, das sich an das Machtgefüge angesaugt hat und teilweise selbst eine Macht geworden ist. In diesem Fall kann man den "Weißen Pfeil" eher als eine politische Organisation bezeichnen.³⁶

4. Schaffung einer neuen Untergrundwirtschaft

Der genaue Zeitpunkt, an dem sich das Politbüro zur Schaffung einer neuen Untergrundwirtschaft – in Ergänzung zum "Schattenreich" des militärisch-industriellen Komplexes und zu den bereits in den Jahrzehnten zuvor unter Regie des KGB betriebenen außenwirtschaftlichen Aktivitäten – entschlossen hat, läßt sich bislang nicht eindeutig feststellen, dürfte aber vermutlich 1988, spätestens Anfang 1989, erfolgt sein. Bekannt ist ein von O. Shenin unterzeichnetes Papier des ZK der KPdSU "Über unaufschiebbare Maßnahmen zur Organisierung der kommerziellen und außenwirtschaftlichen Tätigkeit der Partei". Dort wird im einzelnen ausgeführt:³⁷

³⁶ Mit der Konzeption und den Funktionen einer solchen Organisation hat sich der Schriftsteller F. Butyrskij in einem 1997 erschienenen Buch ausführlich beschäftigt. Interviews, die O. Moroz mit ihm und einem sachkundigen Polizeiobersten geführt hat, zeigen, wie stark dieses Thema die Öffentlichkeit Rußlands beschäftigt (LG Nr. 1-2/1998).

³⁷ Iz vom 15.1.1992.

Unter den für die KPdSU neuen Bedingungen nimmt die Frage der Anbindung der der Partei gehörenden Betriebe und Wirtschaftsorganisationen sowie ihrer finanziellen Mittel an die außenwirtschaftliche Tätigkeit einen besonderen Platz ein. Das ist wichtig sowohl für die Schaffung eines autonomen Kanals der Devisenerwirtschaftung für die Parteikasse als auch für die Finanzierung der zwischenparteilichen Beziehungen. Dieses Vorhaben muß praktisch bei Null begonnen werden, und es muß unter für die Partei ungewohnten Bedingungen gearbeitet werden, da man sich den Anforderungen des Markts und der Konkurrenz anpassen muß. Die Parteikader, denen diese Tätigkeit anvertraut wird, stehen vor der großen Aufgabe, "Handeln zu lernen" (Lenin). Dabei muß eine sinnvolle Vertraulichkeit beachtet und müssen in einigen Fällen anonyme Formen benutzt werden, die direkte Beziehungen zur KPdSU verdecken. Das Endziel wird offenbar darin bestehen, daß neben der "Kommerzialisierung" des vorhandenen Parteieigentums planmäßig Strukturen einer "unsichtbaren" Parteiwirtschaft geschaffen werden, wobei zu dieser Tätigkeit nur ein sehr enger Personenkreis zugelassen wird, der vom Generalsekretär des ZK der KPdSU oder seinem Stellvertreter bestimmt wird... Auszuarbeiten sind Vorschläge für die Schaffung neuer "vermittelnder" Wirtschaftsstrukturen (Fonds, Assoziationen...), die bei minimal "sichtbaren" Verbindungen zum ZK der KPdSU zu Zentren der Herausbildung einer "unsichtbaren" Parteiwirtschaft werden können...

Wie sich diese Umstellungen real auswirkten, läßt sich der Darstellung des damaligen Generalstaatsanwalts W. Stepankow über die "Kreml-Verschwörung" – gemeint ist der Putschversuch vom August 1991 – entnehmen.³⁸ Hatte es bis Ende der achtziger Jahre keine deutliche Grenze zwischen Partei- und Staatsfinanzen gegeben, so sollte nun der "Verwaltungschef" des ZK der KPdSU, N. Krutschina, öffentlich Auskunft über Einnahmen und Ausgaben der Partei geben. Auch aus diesem Grund mußte ein erheblicher Teil der finanz-ökonomischen Aktivitäten der Partei in den Untergrund verlagert werden. Da es bis zu diesem Zeitpunkt in der Behörde von Krutschina keine Experten für diesen Komplex gegeben hatte, wurde beschlossen, Spezialisten aus dem KGB heranzuziehen.

So erschienen bei Krutschina neue Untergebene, Offiziere der Aufklärung, die sich mit den Tricks der westlichen Wirtschaft ausgezeichnet auskannten. Zu ihren Aufgaben gehörte die Koordination der ökonomischen Aktivität der Wirtschaftsstrukturen der Partei unter den veränderten Bedingungen. Vereinfacht gesagt: sie sollten der Partei beibringen, schnell große Summen zu erzeugen und diese zuverlässig zu verbergen. Die Unterweisungen waren von Nutzen. Die Partei anonymisierte zielstrebig ihre Milliarden – und zwar mit Hilfe speziell geschaffener Fonds, Betriebe, Banken, Geheimkonten im Ausland, sie schuf das Institut von "Vertrauenspersonen", die sogenannten "hauseigenen Millionäre" beim ZK. All dies garantierte ein stabiles und anonymes Einkommen, selbst unter extremen Bedingungen, einschließlich eines Lebens in der Emigration oder im Untergrund...

Offenbar waren alle dominierenden politischen Kräfte des neuen Rußland nicht daran interessiert, diese "Transformationen des Parteivermögens" aufzuklären. Nachdem Gajdar 1992 die Agentur "J. Kroll" mit der Untersuchung über den Verbleib des KP-Vermögens beauftragt hatte, mußte Kroll im November 1994 den Mißerfolg seiner Bemühungen eingestehen, da ihm die Behörden Rußlands nicht ausreichend Material zur Verfügung gestellt hatten. Ein früherer hoher Beamter im ZK-Apparat erwähnte 1996, daß damals u.a. "einige Mrd. Rubel"

³⁸ Ogonek Nr. 38-39/1992.

aus dem KP-Vermögen an fünf oder sechs Geschäftsbanken überwiesen worden seien.³⁹ Im Zusammenhang mit diesen Umstellungen ist auch eine "Kommission des ZK für die Übergabe von Eigentum" zu erwähnen, die sich allerdings wohl primär mit der Übergabe von Objekten des ZK an kommerzielle Strukturen befaßte. Die Wochenzeitung "Moskovskie novosti" veröffentlichte 1994 eine Gegendarstellung von W. Leschtschinskij, bis 1991 Stellvertreter des Verwaltungschefs des ZK, N. Krutschina. Leschtschinskij bestreitet, Vorsitzender dieser Kommission und Vorgesetzter von A. Wedenkin gewesen zu sein; er sei auch nicht an der Übergabe von KP-Objekten beteiligt gewesen.⁴⁰ Wenn diese Behauptungen zutreffen, so ist dies ein Hinweis auf den extrem hohen Grad von "Aufgabenteilung" in der Verwaltungsabteilung des ZK – offenbar sind tatsächlich nur sehr wenige Personen in diese Umverteilungsprozesse eingeweiht worden.

Außer in Parteiregie hat es legale und illegale Unternehmungsgründungen aller Art auch in Regie des sowjetischen und dann russischen Ministerrats, des Komsomol und der Gewerkschaften sowie im militärisch-industriellen Sektor gegeben. Nur wenige Akteure der Transformation haben öffentlich über ihre Funktionen berichtet. So hat G. Lutschanskij angedeutet, wie er ausgewählte Geschäftsleute in den Rahmen einer gesteuerten "Privatisierung" eingebunden hat; daß ein Ziel, die Einzahlung erwirtschafteter Devisenbeträge auf bestimmte Bankkonten, nicht nur mit Mitteln der Überzeugung erreicht werden konnte, dürfte auf der Hand liegen. Daß es dabei mitunter zu Konflikten kam, hat einmal mit unterschiedlichen Interessenlagen und zum anderen wohl auch damit zu tun, daß eine detaillierte Koordination aller dieser Aktivitäten nicht möglich und wohl auch nicht gewollt war – es sollte der Eindruck einer entstehenden authentischen Marktwirtschaft vermittelt werden. Auch persönliche Ambitionen einzelner Politiker haben zum Scheitern mancher dieser Unternehmungen geführt. Dies betrifft beispielsweise den "Branchenübergreifenden staatlich-genossenschaftlichen Konzern ANT", der auf der Grundlage einer von Ministerpräsident Ryshkow am 30. Mai 1989 unterzeichneten geheimen Verordnung des Ministerrats der UdSSR gegründet worden war. Das Ziel Ryshkows bestand darin, durch Schaffung günstiger Rahmenbedingungen und durch Ausnutzung aller marktwirtschaftlichen Hebel einen alle überzeugenden neuen prosperierenden Zweig zu schaffen, erst danach sollte der "alte Zweig" abgebrochen werden. Der Generaldirektor des Konzerns ANT, W. Rjaschenzew, hat seine Kompetenzen wie folgt zusammengefaßt: "Ich hatte mehr Macht als manche Minister." Der berüchtigte Panzerskandal führte im Frühjahr 1990 zum Fiasko des Konzerns und zur Einleitung von Strafverfahren gegen Rjaschenzew sowie gegen die Generaldirektoren von beteiligten Firmen W. Serjakow und W. Dowgan. Nach Darstellung des "Izvestija"-Mitarbeiters N. Andrejew gab es zwei andere Gründe für das Scheitern dieses Reformvorhabens. Zum einen soll demnach Gorbatschow darin eine Möglichkeit zur Schwächung der Position von Ryshkow gesehen haben, zum anderen haben Reformer und Zentristen in ihren Attacken auf ANT eine Möglichkeit zur Stärkung ihrer eigenen Position gesehen; Sobtschak soll im Auftrag Gorbatschows auf dem 3. Kongreß der

³⁹ Über die im Sand verlaufenen Untersuchungen der Firma Kroll informierte Ju. Baturin in einem Interview (LG Nr. 9/1996). Bei dem erwähnten Beamten handelt es sich um N. Kaponec, damals stellvertretender Leiter der ZK-Abteilung für allgemeine Angelegenheiten (OG Nr. 34/1996). Man erhielt 1995 für zehn Mio. Rubel, die 1990 bei einer Geschäftsbank eingezahlt worden waren, etwa 50 Mio. US-Dollar.

⁴⁰ MN Nr. 46/1994.

Volksdeputierten den Konzern als zwielichtiges "Betriebschamäleon" und "Helfershelfer des bolschewistischen Systems" bezeichnet haben. Festzuhalten ist, daß in den nächsten Monaten viele Mitarbeiter von ANT in Firmen der neugegründeten Aktiengesellschaft "Rossijskij dom" wechselten, die offenbar viele Mechanismen der ANT übernahm und überraschend schnell den Umfang ihrer Wirtschaftsaktivitäten ausdehnen konnte. Importierte die Gesellschaft 1991 Waren im Gesamtwert von 2,4 Mrd. Rubel nach Rußland, so erreichte das Vertragsvolumen im folgenden Jahr bereits die 10 Mrd.-Rubel-Grenze; die Gesellschaft hatte Vertretungen in 25 Ländern.⁴¹

Die ersten Versuche zur Schaffung einer alternativen Wirtschaft, die sich zunächst offenbar überwiegend im legalen Raum bewegte, wurden bereits 1987 im Zusammenhang mit sogenannten Wissenschafts- und Technikzentren der Jugend unternommen. Mit der Aufsicht über diese Versuchsreihe hatte das Politbüro Je. Ligatschow und K. Satulin beauftragt.⁴² Chef des Zentrums für wissenschaftlich-technisches Schaffen der Jugend "Fonds der Jugendinitiative" wurde der Funktionär des Moskauer Bauman-Stadtbezirks M. Chodorkowskij; aus diesem Zentrum gingen dann die Innovative Geschäftsbank für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt und der Bankvereinigung "Menatep" hervor. 1988 wurden diese Aktivitäten erheblich ausgeweitet, so daß es Anfang 1989 zur Gründung einer "Assoziation junger Leiter" kam, ihr Organisator und erster Leiter war K. Satulin, Garant dieser "Unternehmung" das ZK des Komsomol. 1991 mutierte sie zu einer "Assoziation von Leitern in der UdSSR" und später zur "Internationalen Assoziation der Betriebsleiter".

5. Facetten der Projektrealisierung

Eine Periodisierung des Systemwechsels, die sich am stufenweisen Rückzug der KP von ihren traditionellen Machtpositionen bei gleichzeitiger Einführung rechtsstaatlicher und demokratischer Elemente, an den einzelnen Phasen der Umgestaltung des Wirtschaftssystems und dabei insbesondere der gesetzlichen Regelungen der Privatisierung und schließlich an den Schlüsseldaten (August-Putsch 1991, Auseinandersetzungen zwischen Präsident Jelzin und dem Parlament im September und Oktober 1993, Duma-Wahlen und Referendum über die neue Verfassung im Dezember 1993) der Genese des neuen Systems orientiert, kann das Wesen der zwischen 1987 und 1993 erfolgten Veränderungen nicht erfassen. Dabei waren diese Veränderungen auch für die Entwicklungen der folgenden Jahre von entscheidender Bedeutung. Viel wichtiger dürften die Umstände und Implikationen der Machtteilung zwischen dem "alten System", personifiziert durch Generalsekretär und Präsident Gorbatschow, und dem neuen System in der Person Jelzins sowie später zwischen Jelzin und

⁴¹ Interview mit Lučanskij in: MN Nr. 3/1998; über den Konzern ANT in: Iz vom 15.1.1992. Bei dem erwähnten V. Dovgan' könnte es sich um den späteren Unternehmer handeln, obwohl in Darstellungen seines beruflichen Werdegangs ein entsprechender Hinweis fehlt.

⁴² Auf diese neue, im Auftrag der Parteiführung geschaffene "Komsomol-Wirtschaft" haben sehr früh O. Škaratan und Ju. Figatner hingewiesen. Die Beauftragung des Konservativen E. Ligačev mit der Aufsicht über dieses Unternehmen spricht nicht für die Bereitschaft der KP-Führung, ein modernes und selbständiges Unternehmertum zu fördern. K. Zatulín arbeitete seit 1990 mit der Moskauer Warenbörse zusammen und wurde Mitglied des "Rats für das Unternehmertum beim Präsidenten der UdSSR"; in den folgenden Jahren war er Duma-Abgeordneter und Vorsitzender der Internationalen Bank für Handel und Zusammenarbeit der GUS (Ogonek Nr. 43/1997).

der dem neuen System gegenüber loyalen Opposition sein. Dabei wird deutlich, daß es letztlich in allen Fällen primär um die Interessen der aus der Nomenklatura entstandenen, partiell modernisierten "Partei der Macht" ging. Auf der Tagesordnung standen immer wieder Kompromisse und Amnestien – es ist in diesem Zusammenhang von einem "Schleier des Vergessens und Verzeihens" hinsichtlich der sowjetischen Vergangenheit und auch von "Fehltritten" der letzten Jahre zu sprechen. Wer einmal zur "Partei der Macht" gehört und die gültigen Spielregeln nicht wesentlich verletzt hat, braucht in der Regel nicht mit strafrechtlicher Verfolgung rechnen, kann vielmehr – möglicherweise nach einer gewissen Verweildauer in der "Reserve" – mit einer "standesgemäßen" Weiterverwendung rechnen. Dieser "kader-schonende" Mechanismus erinnert sehr stark an frühere Nomenklatura-Verhältnisse. Angesichts zahlreicher Attentate auf führende Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft dürften manche in Ungnade gefallene Personen selbst Zeiten der Untersuchungshaft oder auch Verurteilungen zu Haftstrafen als "relativ sicher" einschätzen – erinnert sei an den früheren Generalstaatsanwalt A. Iljuschenko oder an den "Rechtsanwalt für besondere Aufgaben" D. Jakubowskij.

Zur Illustration denkbarer Hintergründe der bis 1993 erfolgten Veränderungen soll zum einen auf die Person G. Popows, zum anderen auf Modalitäten der "Machtübergabe" Gorbatschows an Jelzin eingegangen werden. Popow war einer derjenigen, die auf dem Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR 1989 die demokratisch orientierte "Überregionale Abgeordneten-Gruppe" gründete. Dieser Gruppierung schloß sich im folgenden Jahr auch Jelzin an, und sie sorgte letztlich auch für die Wahl Jelzins zum Vorsitzenden des Obersten Sowjet der RSFSR. Wenn man sich die Entwicklung vom "Komitee der 19" über die "Moskauer Wählervereinigung" (MOI) zur Bewegung "Demokratisches Rußland" vergegenwärtigt, so entsteht der Eindruck einer damals ständig stärker gewordenen demokratischen Basisbewegung. Spätere Äußerungen Popows ziehen diese Version in Zweifel, scheint es ihm doch primär um die Inszenierung einer solchen Demokratiebewegung gegangen zu sein. Nach seiner Meinung habe 1990/91 "niemand daran geglaubt, daß das (der Zusammenbruch der Sowjetunion – B.K.) so schnell erfolgen wird. Allen schien das Problem eines Abschieds vom Kommunismus so entfernt zu sein, daß wir keine Zeit für Streitereien über weitere Aktivitäten hatten." Unmittelbar vor den Wahlen im Dezember 1993 erklärte er in einem Interview:

Ich meinte und meine, daß ein parlamentarisches System in seiner klassischen, das ganze Volk einbeziehenden, populistischen Form für die Übergangsperiode in Rußland nicht akzeptabel ist... Man kann keine allgemeinen Wahlen unter Bedingungen durchführen, wenn der entstehende Teil der künftigen Struktur relativ schwach ist.

Mitte 1997 wurde Popow noch deutlicher: "Natürlich bedauere ich, daß wir nicht den demokratischen Weg eingeschlagen haben, aber streng genommen gab es für Rußland keinerlei Chancen für einen solchen Weg".⁴³ Nach seiner Vorstellung hätte damals der Westen einen umfassenden Marshall-Plan zur Unterstützung Rußlands und der GUS aufstellen müssen – für den alle in den Militärhaushalten der westlichen Länder für das Jahrzehnt 1991 bis 2000 vorgesehenen Mittel hätten bereitgestellt werden müssen. Popow geht sogar so weit, das Ausbleiben einer solchen Hilfsmaßnahme als einen weitreichenden Fehler zu bezeichnen, den er mit dem Verhalten der Westmächte beim Münchner Abkommen 1938 vergleicht. Wenn

⁴³ NG vom 10.12.1993 und 19.2.1998; Vek Nr. 30/1997.

sich eine führende Exponentin der Moskauer demokratischen Intelligenz, L. Wachnina, an eine Äußerung Popows zu Beginn des Wahlkampfs 1989 erinnert – "Wir müssen auf dem Kongreß wenigstens 20 Menschen durchbringen, damit sie irgendetwas herumschreien können." –, so ist dies wohl auch als Hinweis darauf zu verstehen, daß es mehr um die Inszenierung einer "demokratischen Aktion" als um konkrete demokratische Zielsetzungen ging. Auf dem Gründungskongreß der "Überregionalen Abgeordneten-Gruppe" (29./30.7.1990) stellte Popow klar: "Alles, was wir tun, läßt sich uneingeschränkt mit dem Begriff des sowjetischen, sozialistischen Pluralismus vereinbaren" – und auch in der Folgezeit handelte es sich seiner Ansicht nach um "ein westliches Modell, das eher unter einer kommunistischen als einer demokratischen Regierung Rußlands realisiert werden sollte."⁴⁴

Im Zusammenhang mit der Implosion der Sowjetunion wird meist nur auf den August-Putsch 1991 und auf die Entwicklungen im Dezember hingewiesen. Im ersten Fall stehen dabei das Ende der KPdSU und damit auch des KGB, im zweiten die zwischen Gorbatschow und Jelzin getroffenen Vereinbarungen über den geordneten Übergang der Staatsmacht im Vordergrund – demnach seien alle wesentlichen Bereiche durch ein neun Stunden dauerndes Gespräch zwischen den beiden Politikern am 23. Dezember geklärt worden. Diese Sichtweise läßt außer acht, daß es 1990 und 1991 Entwicklungen gegeben hat, wo beide Politiker zusammengearbeitet haben.

- Bereits im Juni 1990 wird auf der organisatorisch-finanziellen Basis der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der KPdSU der Fonds "Geistiges Erbe" gegründet, aus dem bald die geschlossene AG "RAU-Korporation" hervorgeht, die in den folgenden Jahren zahlreiche politische und publizistische Aktivitäten entfaltet – Jelzin hat offenbar zu keinem Zeitpunkt versucht, gegen diese Organisation vorzugehen.⁴⁵
- Gorbatschow (und auch der damalige KGB-Chef Krjutschkow) hatten im Juni 1990 keine Bedenken gegen die Souveränitätserklärung Rußlands.
- Gorbatschow und Jelzin haben jeweils ihre Experten an der "Konzeption und dem Programm 'Für den Übergang zum Markt'" im Sommer 1990 mitarbeiten lassen. Wesentliche Elemente der ab 1992 deklarierten Wirtschaftspolitik finden sich bereits in diesem Dokument (starke Stellung großer Industrieholdings und Banken einschließlich des Rechts auf stärkere Beteiligung am Außenhandel, Amnestie für "Wirtschaftskriminelle"); daß sich Gorbatschow dann von diesem "Programm" distanzierte, dürfte auch damit zusammenhängen, daß es auf westlicher Seite nicht die im Programm angesprochene Bereitschaft für einen "Marshallplan" gab.
- Der russische Ministerpräsident I. Silajew, dessen Berater in der ersten Hälfte 1991 übrigens die Repräsentanten der "Komsomol-Wirtschaft" Chodorkowski und Newslin gewesen waren, trat zwar Ende August 1991 zunächst von seinem Amt zurück, wurde aber unmittelbar darauf von Gorbatschow und Jelzin gemeinsam überredet, die Leitung des

⁴⁴ LG Nr. 31/1996; NG vom 19.2.1998.

⁴⁵ Bemerkenswert ist, daß die RAU-Korporation bereits 1994 vom Brüsseler "Forschungszentrum des Europäischen Markts" zum Träger des "Preises des Europäischen Markts" auserwählt wurde. A. Podberezkin, der Chef dieser "Russisch-Amerikanischen Universität", soll 1989 das ZK über US-Pläne zur Zerstörung der Sowjetunion informiert haben; in einem Interview rühmte er sich der guten Beziehungen zu den Chefs der zehn einflußreichsten Banken (MN Nr. 30/1997).

"Operativen Komitees der Volkswirtschaft der UdSSR" zu übernehmen. Im Oktober 1991 wurde er dann sogar noch vom Staatsrat zum Vorsitzenden des Zwischenstaatlichen Wirtschaftskomitees der UdSSR gewählt.⁴⁶ Auch in der zweiten Jahreshälfte 1991 dürften demnach die wesentlichen Entscheidungen auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik zwischen Gorbatschow und Jelzin koordiniert worden sein.

- S. Schachraj, Mitglied der russischen Delegation bei den Verhandlungen mit der Ukraine und Belorußland über die Schaffung einer neuen "Gemeinschaft Unabhängiger Staaten" am 7. und 8. Dezember 1991 in Belowesch, erwähnt in einem Ende 1996 geführten Interview eine bemerkenswerte Einzelheit: "...Neben jeder Datscha standen zwei Mitarbeiter des KGB. Das war für uns alle ein Zeichen, daß nichts Ungesetzliches getan wird." Dieser Umstand spricht dafür, daß die Verhandlungen durchaus mit Zustimmung Gorbatschows geführt wurden. Andererseits wurde versucht, den Kreis der in diese Verhandlungen Eingeweihten möglichst klein zu halten. Beispielsweise wurde der Moskauer Bürgermeister und Kovorsitzende des "Demokratischen Rußland", G. Popow, nicht darüber informiert.⁴⁷
- Der Generalstab-Insider W. Baranetz machte Gorbatschow und Jelzin dafür verantwortlich, daß sie trotz wiederholter Appelle des sowjetischen Verteidigungsministeriums Ende 1991 nicht das verhängnisvolle Diffundieren gewaltiger Waffenpotentiale (außer A-B-C-Waffen) in die damals entstehenden Nachfolgestaaten verhindert haben.⁴⁸

Die 1987 eingeleiteten Entwicklungen haben in den folgenden Jahren in ihrer Bilanz weniger zum Entstehen neuer, marktkonformer Wirtschaftsbeziehungen als vielmehr zahlreicher krimineller Komponenten geführt, so daß oft von einer regelrechten kriminellen Wirtschaft gesprochen wird. Auch von russischer Seite liegen zahlreiche Analysen dieses Phänomens vor, wobei allerdings meist die 1992 begonnenen Entwicklungen oder erst die ab 1994 durchgeführten Privatisierungen aufgeführt werden. Da aber bereits zwischen 1989 und 1991 ein erheblicher Teil staatlichen Eigentums in den kommerziellen Sektor abgeflossen ist und zwischen 1992 und 1994 über 70% des damals verfügbaren Staatsbesitzes in "private Hände" gelangt sind, sollte von einer durchgehenden Tendenz gesprochen werden. Sie ist durchgängig dadurch gekennzeichnet, daß die neuen Besitzer die entsprechenden Objekte nicht als reales Eigentum betrachteten, sondern vielmehr als eine "vorübergehende Einkommensquelle" – den meisten ging es also darum, möglichst viel Profit herauszuziehen und sich so zu bereichern. J. Sachs hat später ein Fazit der "Privatisierung" gezogen:⁴⁹

⁴⁶ OG Nr. 31/1995.

⁴⁷ NG vom 25.12.1996 und vom 19.2.1998. Hilfreich für das Verständnis der Ereignisse des Jahres 1991 und insbesondere des August-Putsches ist möglicherweise eine andere Äußerung Šachrajs: Danach ist am Rande des April-Plenums des ZK der KPdSU 1991 vereinbart worden, auf einem außerordentlichen Kongreß der Partei (terminiert für den 3.9.1991) Gorbačev von seinen Posten abzulösen (NG vom 10.12.1996).

⁴⁸ OG Nr. 42/1998.

⁴⁹ Der kurzzeitige Chef des Staatskomitees für Vermögen, V. Polevanov, hat im Januar 1995 Ministerpräsident Černomyrdin einen detaillierten Bericht über kriminelle Implikationen bei Privatisierungen vorgelegt. Dieser Bericht ist unter Verschuß gehalten worden – Auszüge daraus und Details krimineller Privatisierungen in den Jahren danach finden sich in: Sobesednik Nr. 6/1998. Als Beispiel für wissenschaftliche Untersuchungen russischer Ökonomen siehe die zahlreichen Aufsätze von S. Glinkina, zuletzt in: NG-Politëkonomika Nr. 5/1998. Einschätzung von J. Sachs in: NG vom 31.12.1997.

Vor allem hat uns die kolossale Diskrepanz zwischen der Rhetorik der Reformer und ihren realen Handlungen irritiert...Das war keine Schocktherapie, sondern eine betrügerische, im voraus geplante und gut durchdachte Aktion, deren Ziel in einer umfassenden Umverteilung von Reichtümern im Interesse eines kleinen Personenkreises bestand.

Versuche des Gegensteuerns hat es immer wieder gegeben, auch in der Zeit vor der Etablierung der neuen Verfassungsordnung. Hinzuweisen ist insbesondere auf die Bemühungen des damaligen Vizepräsidenten A. Ruzkoj. Der frühere Politiker und spätere Präsident der "Assoziation der Mitarbeiter der Rechtsschutzorgane Rußlands", A. Aslachanow, wollte Anfang 1993 als Vorsitzender des Komitees für Fragen der Gesetzlichkeit des Obersten Sowjet Rußlands die Steuerpolizei mit der Kontrolle der gesamten Banken- und Finanzsphäre beauftragen, konnte diesen Vorschlag aber nicht durchbringen.⁵⁰ Nachdem K. Schalenkow, der stellvertretende Chef der Hauptverwaltung des Innenministeriums für den Kampf gegen Wirtschaftsverbrechen, detailliert aufgezählt hatte, aus welchen Quellen die etwa "60 bis 70 Billionen Rubel Schattengeld" stammen und in welchen Wirtschaftssektoren sie zirkulieren, postulierte er:

Der im Geheimen geführte Krieg der kriminellen Strukturen wird sich so lange fortsetzen, bis wir gemeinsam mit den Bankiers das Privatkapital von den Strömen "schmutzigen Geldes" gesäubert haben werden. Für die Sicherheit des Landes ist es notwendig, daß alle absolut zuverlässig wissen, woher diese oder jene Reichtümer stammen.⁵¹

Eine Spezifik des Systemwechsels ist in der völlig unübersichtlichen Rechtslage zu sehen, die manchem Beobachter als "Rechtsgelee" erscheint. Das hat weniger mit dem überwiegend demonstrativen Charakter der Verfassung, dem zögernden Agieren der höchsten Gerichte und dem weitgehenden Verzicht auf die ohnehin bescheidenen Ansätze einer Gewaltenteilung zu tun. Vielmehr geht es darum, daß im Prinzip alle früheren sowjetischen Gesetze, Ausführungsvorschriften und Verwaltungsakte noch gelten, sofern sie nicht Grundsätzen der Verfassung widersprechen oder durch neue Gesetze aufgehoben wurden. Das überwiegende Gros der in den letzten Jahren erlassenen Gesetze, Präsidentenerlasse und Regierungsverordnungen wirkt sich auf den Rechtsalltag der Bürger nicht aus – nur äußerst selten gelingt es, mit Hilfe eines Anwalts vor einem Gericht sein Recht bestätigt zu bekommen. Die meisten in ihren Rechten geschädigten Bürger haben nach wie vor kein Vertrauen zu staatlichen Gerichten, sondern versuchen die Probleme in eigener Regie zu lösen. Sie können zum einen "Schutzdienste", "Privatdetektive" oder einfache Kriminelle mit der Vertretung ihrer Interessen, beispielsweise der Schuldeneintreibung, betrauen. Sie können aber auch Institutionen des in den letzten Jahren stark expandierten parallelen Rechtswesens, die sogenannten "Schwarzen Gerichte", in Anspruch nehmen. Die dort agierenden "Amateurrichter" lösen selbst schwierige Fälle im Schnellverfahren und sorgen auch für die zügige Umsetzung gefällter Urteile.

Auch in den Jahren 1997/98 gab es immer wieder Versuche, das Thema der Rechtmäßigkeit durchgeführter Privatisierungen auf die Tagesordnung zu bringen. Meist beschränken sich derartige Vorschläge auf Einzelobjekte ("Pyramiden", Banken, betrügerische Fonds, fiktive Bankrotte usw.). Mitunter wird allerdings auch die Forderung nach einer regelrechten "anti-

⁵⁰ Betr. Aslachanov vgl. Megapolis-Èkspress Nr. 19/1994.

⁵¹ Vek Nr. 49/1996.

kriminellen Revolution" gestellt – so bereits im Sommer 1996, als viele in Rußland entsprechende Hoffnungen auf den damaligen Präsidentschaftskandidaten A. Lebed setzten. Im Frühjahr beantwortete die Generalstaatsanwaltschaft Rußlands eine Anfrage der Duma hinsichtlich der Rechtmäßigkeit der durchgeführten Privatisierungen; nach ihrer Überzeugung wurde dabei systematisch gegen Gesetze Rußlands verstoßen und dem Land insgesamt ein gewaltiger Schaden zugefügt.

Das Phänomen der Schattenwirtschaft Rußlands hat nicht nur mit der Tätigkeit nichtregistrierter Firmen und mit "schwarzen" Geschäften zu tun, vielmehr gibt es auch eine Vielzahl von Firmen im In- und Ausland, die einen quasi-legalen Status haben. In diesem Zusammenhang erwähnte der Generalstaatsanwalt Ju. Skuratow Anfang 1997 etwa 60.000 von Unternehmern aus Rußland im Ausland registrierte "Offshore-Kompanien". Bis 1995 gab es über 650 ohne staatliche Lizenz tätige "Kompanien", die mit Geldmitteln der Bevölkerung arbeiteten; erst damals wurden sie in "Investmentfonds" überführt, deren Kunden Anteile am Fondsvermögen erwerben konnten. Aufgrund der Initiative eines Abteilungsleiters des Ministeriums für Außenhandelsbeziehungen wurde im Februar 1996 ein kommerzielles System organisiert, das die Registrierung ausländischer Firmen in Rußland ohne Kenntnis der eigentlich damit befaßten Stellen ermöglicht.⁵² Im Rahmen der Ministerien für Verteidigung, Äußeres, Außenwirtschaftsbeziehungen und Inneres wurden jeweils "Fonds zur sozialen Unterstützung der Mitarbeiter" eingerichtet, auf deren Konten erhebliche Gewinne aus ähnlichen Geschäften überwiesen wurden – faktisch kamen diese Summen aber meist nur einem kleinen Kreis hochgestellter Beamter zugute.⁵³

Daß in sowjetischer Zeit begonnene "Privatisierungsprozesse" für alte und neue Führungskader vorteilhaft waren, soll an einigen Beispielen gezeigt werden, so an der "Internationalen Managerakademie" in Swiblowo.⁵⁴ Anfang 1990 wird das "Internationale Zentrum für Sozial- und Arbeitsprobleme" gegründet, das Manager für die ökonomische Transformation ausbilden soll; Ko-Vorsitzende sind die Minister W. Pawlow und W. Schtscherbakow, der Moskauer Bürgermeister G. Popow und der Wissenschaftler S. Schatalin. Die in einem Gründungsprotokoll genannten ausländischen Partner, insbesondere Arbeitsminister verschiedener Länder, haben weder an der Veranstaltung teilgenommen noch Devisen auf das Konto des Zentrums eingezahlt. Es hat lediglich im Februar 1991 eine Überweisung der Industrie- und Handelskammer der UdSSR gegeben, aber auch diese Institution war in der Folgezeit an der Entwicklung des Zentrums in keiner Weise beteiligt. Als einziger realer ausländischer Partner konnte die österreichische Firma "Nordex" mit ihrem Chef G. Lutschanskij ermittelt werden. Per Regierungsverordnung vom 27. Juni 1991 wurde ein neues Staatskomitee für Leitungskräfte gegründet, dem alle vorhandenen Institute für Weiterbildung unterstellt wurden; in einem Punkt wurde auch das o.g. "Zentrum" erwähnt, dem als "sowjetischer Anteil" am Gründungskapital ein Gebäude zur Verfügung gestellt

⁵² Die von Kulikov angenommene Zahl in Ogonek Nr. 7/1997, über das "private Verfahren" der Unternehmensregistrierung, in: MN Nr. 51/1996; über "Kompanien/Investitionsfonds" äußerte sich A. Čubajs im September 1995 (Otkrytaja politika Nr. 8/1995).

⁵³ Hinweise auf solche Unterstützungsfonds der Ministerien für Verteidigung (Aif Nr. 39/1996) und für Außenwirtschaftsbeziehungen (Iz vom 24.5.1996) sowie der Polizei (Sobesednik Nr. 29/1994).

⁵⁴ OG Nr. 1/1997 und 52/97-1/1998; Sobesednik Nr. 6/1998.

werden sollte. Nachdem der Minister für petrochemische Industrie S. Chadshijew am 15. August 1991 den Komplex Swiblowo für diesen Zweck bereitgestellt hatte (wobei er sich selbst einen Anteil am "Zentrum" sicherte), ließ sich Schtscherbakow nach dem August-Putsch von Popow bestätigen, daß diese Übertragung rechtens sei. Obwohl der damalige Chefkontrolleur der Regierung Rußlands W. Macharadse diesen Verwaltungsakt nicht anerkannte und das Zentrum an das Industrieministerium Rußlands (Chef: A. Titkin) übergab, sorgten Filatow und Tschubajs Anfang 1992 dafür, daß das Zentrum bei den Gründungsvätern blieb. Titkin wurde nach Auflösung seines Ministeriums Ende 1992 Mitglied im Aufsichtsrat der Managerakademie.

Nachdem zunächst 1993 das Verfassungsgericht und die Generalstaatsanwaltschaft die Privatisierung des Zentrums für ungesetzlich erklärt hatten, kam es im folgenden Jahr zu einer neuen Gerichtsentscheidung, wonach dem Zentrum ein besonderer Auftrag bescheinigt und seine Existenz bestätigt wurde. Zwar entschied das Oberste Arbitrage-Gericht im Frühjahr 1997, daß der Komplex an den Staat zurückgegeben werden müsse, doch waren bis Anfang 1998 noch keine konkreten Schritte in diese Richtung erfolgt. Die beiden Moskauer Journalisten, die das Ergebnis ihrer sorgfältigen Recherchen Anfang 1997 veröffentlicht haben, wiesen einleitend darauf hin, daß sich mit der Anlage solcher "Reserve-Flugplätze" fast alle russischen Politiker befaßt haben, die einen einigermaßen wichtigen Posten innehatten.

Durchaus interessant sind auch die Umstände des 1990 gegründeten "Fonds für die Entwicklung einer internationalen Universität" in Moskau, dem durch eine Verfügung Jelzins (Januar 1992) zahlreiche Villen im Moskauer Vorort Kunzewo übereignet wurden.⁵⁵ Zu den acht Gründungsmitgliedern gehörten neben G. Popow und seinem damaligen Stellvertreter W. Resin und dem "Fonds für das Überleben und die Entwicklung der Menschheit" (Chef: Atomwissenschaftler Je. Welichow) auch drei Personen, die unmittelbar mit dem Management des früheren KP-Besitzes zu tun hatten – zum einen W. Leschtschinski als stellvertretender Verwaltungsleiter des ZK der KPdSU und Ju. Proschin, Chef der Wirtschafts- und Organisationsabteilung der Verwaltung des Präsidenten der RSFSR sowie Je. Bystrow, früher Verwaltungschef bei Gorbatschow, danach Mitglied der ersten Regierung Lushkows. Obwohl der Komplex 1994 einen Marktwert von ca. 40 Mio. US-Dollar gehabt haben soll, brauchten die Gründungsmitglieder nur ein Grundkapital von 500.000 Rubel aufzubringen. Die zum damaligen Zeitpunkt auf dem Gelände wohnenden Menschen hatten versucht, durch Klagen beim Föderationsrat und beim Moskauer Arbitragegericht gegen diese "Universitätsgründung" zu klagen, hatten aber keinen Erfolg gehabt.

Sehr interessante Zusammenhänge ergeben sich aus der Geschichte der "Russisch-Japanischen Universität", deren Konzeption auf frühere Treffen zwischen Gorbatschow und dem japanischen Außenminister S. Abe (zuletzt 1990) zurückgeht. An organisatorischen Vorbereitungen, beispielsweise der Einrichtung eines Bankkontos in Tokio, waren 1991 der sowjetische Auslandsgeheimdienst und die dortige sowjetische Botschaft beteiligt. Präsident Jelzin unterschrieb am 13.11.1991 die Verordnung Nr. 2 der Regierung Rußlands, durch die der "Universität" ein Gebäude in der Moskauer Innenstadt und ihren Mitarbeitern exklusive

⁵⁵ Kučerenco, S. 171f; Iz vom 21.5.1997.

soziale Bedingungen zugestanden wurden; wenig später registrierte das Justizministerium auch den "Russisch-Japanischen Fonds". Anfang 1992 ersuchten der erste stellvertretende Ministerpräsident O. Lobow und 13 weitere Personen (darunter die bekannten Politiker A. Wolskij und W. Lukin sowie der frühere KGB-Mitarbeiter A. Murawjow) das Justizministerium, die Satzung des "Russisch-Japanischen Komitees für wirtschaftliche Zusammenarbeit" zu registrieren. Nachdem der zunächst ins Auge gefaßte japanische Partner einen Rückzieher gemacht hatte, akzeptierten die Moskauer Verantwortlichen (auch Ju. Lushkow) die Organisation "AUM Sinrike". Sie erhielt Büroräume im Gebäude der "Universität", konnte Waffen (auch Giftgas) erproben und kaufen; Zahlungen erfolgten auf ein Außenhandelsbankkonto der Hauptverwaltung des Verteidigungsministeriums für internationale militärische Zusammenarbeit. Zu Übungszwecken konnten 1994 auch Einrichtungen der Taman- und Kantemir-Divisionen benutzt werden – diese Aktivitäten sollen das letzte Untersuchungsobjekt des danach ermordeten D. Cholodow gewesen sein. Nach dem Giftgas-Anschlag in der Tokioter U-Bahn nahm die Generalstaatsanwaltschaft Rußlands Ermittlungen gegen die "Universität" auf. Da das Gebäude am 26.3.1995 weitgehend ausbrannte – wobei insbesondere Unterlagen der "AUM" vernichtet wurden – verliefen die Untersuchungen ergebnislos.

Von zentraler Bedeutung für die Transformation der sowjetischen in russische Wirtschaftsstrukturen ist die Geschichte des Fonds "Interprivatizacija", der im Oktober 1991 gegründet wurde.⁵⁶ Neben dem bereits erwähnten W. Schtscherbakow, der Präsident des mit einem Startkapital von 15.000 US-Dollar ausgestatteten Fonds wurde, spielt der Vizepräsident G. Lutschanskij eine erhebliche Rolle. Aus Lettland stammend, 1983 wegen eines Wirtschaftsdelikts zu einer siebenjährigen Gefängnisstrafe verurteilt, wurde er im Sommer 1989 Chef der Maklerfirma "Adashimpex", wobei Präsident Gorbatschow dieses Unternehmen besonders gefördert haben soll. Bereits nach wenigen Monaten erzielte die Firma einen Umsatz von 100 Mio. US-Dollar. In Wien wurde mit ihrer Beteiligung die Firma "Nordex" als Chemische Produktions-, Handels-, Marketing GmbH gegründet. Innerhalb weniger Wochen wurde "Nordex" eine Holding westlicher Firmen, die zuvor bereits in der Sowjetunion aktiv gewesen waren. Mitglieder von "Interprivatizacija" waren so von vornherein auf der einen Seite große russische Industrie- und Finanzgruppen, wie z.B. Gasprom, KamAS, Norilskij nikel, die "Inkombank" und die "AwtoWASbank" sowie der "Internationale Fonds für das Überleben und die Entwicklung der Menschheit" und auf der anderen Seite Finanzinstitute des Auslands wie beispielsweise die Deutsche Bank, die Dresdner Bank, die Bankers Trust Cie., die Kreditanstalt (Österreich), das Bankhaus Rothschild usw. (insgesamt 85 juristische Personen). Anfang 1995 hatte sich das Grundkapital der "Interprivatizacija", nach erfolgter Kapitalisierung von Grundfonds, auf 3 Mrd. US-Dollar erhöht, und die Aktiva betrugen 100 Mio. US-Dollar; zu diesem Zeitpunkt gab es vertragliche Vereinbarungen über Investitionen in einem Umfang von 4 Mrd. US-Dollar. Während "Interprivatizacija" in den folgenden Jahren seine Aktivitäten weiter entfaltete, wurde "Nordex" immer wieder in Skandale verwickelt. Schtscherbakow hat sich in den folgenden Jahren auch als Politiker und Banker betätigt, wobei er sich oft als Verteter von Arbeitnehmerinteressen darstellen wollte.

⁵⁶ OG Nr. 16/1995. Über Lučankij vgl. Kommersant Nr. 6/1997.

6. Ausblick

In seiner "Apologie der Korruption" hat L. Timofejew 1995 die Ergebnisse seiner jahrelangen Untersuchungen wie folgt zusammengefaßt:⁵⁷

Die reale Macht über das Land gehört dem Verwaltungsapparat, der keinerlei Neigung zeigt, sie mit jemandem zu teilen... d.h. der neuen Korporation mafiosen Typs, die sich im Inneren der "Partei-Wirtschafts-Verwaltungsstrukturen" herausgebildet hat. Genau diese soziale Kraft hat den Gang der Reformen in den letzten Monaten kontrolliert, und ihre korporativen Interessen haben Mechanismen auf der Ebene der Regierung, des Parlaments und des Bankenwesens hervorgebracht. Diese Interessen sind teils als Summe der Bedürfnisse des militärisch-industriellen Komplexes, teils als Bedürfnisse des Direktoren- und Vorsitzendenkorps oder auch als spezifische Programme der Privatisierung... entstanden... In Rußland ist die Mafia oder zutreffender das, was üblicherweise so bezeichnet wird, das eigentliche Wesen des staatlichen und administrativen Systems. Wenn nicht vollständig, so ist doch der gegenwärtige russische Staat in einem erheblichen Umfang von einer solchen Mafia geschaffen worden...

Im folgenden Jahr hat U. Schmid, langjähriger NZZ-Korrespondent in Moskau, seine einschlägigen Beobachtungen bilanziert. Nach seiner Überzeugung ist es unrealistisch, eine "normale kapitalistische Entwicklung" zu erwarten. Da "Politik und Verbrechen nicht zu trennen" seien, kann eine Wende zum Besseren nur von einer "fundamentalen Änderung des ganzen politischen Systems" erwartet werden; um eine solche Änderung zu initiieren, müßte der Staat

- sich aus dem wirtschaftlichen Leben weitgehend heraushalten,
- die Ordnungs- und Justizbehörden von Grund auf erneuern,
- nachvollziehbare Besitzrechte garantieren und
- für eine unabhängige Rechtssprechung sorgen, um so das Vertrauen der Bürger zu gewinnen.

Seine bereits Mitte 1994 gestellte Prognose "Wenn sich Rußland erholt, dann nicht wegen, sondern trotz der Mafia, nicht wegen, sondern trotz passiver ausländischer Kollaboration" trifft nach wie vor zu.⁵⁸

Eine gewisse Hoffnung läßt sich einer Lagebeurteilung entnehmen, die W. Groschew, früherer Chef des Plechanow-Instituts und jetziger Präsident der Akademie für Management und Markt, Ende 1996 vorgenommen hat:

Aber die Mehrheit der Bevölkerung beginnt die Wasserscheide zwischen dem Entstehen eines marktorientierten zivilisierten Landes und eines korrupten, kriminellen Landes zu empfinden, das auf der Basis der Herausbildung reiner Marktverhältnisse entsteht. Diese Wasserscheide durchzieht jedes beliebige Gebäude eines Ministeriums oder einer Behörde. Sie wird auch in

⁵⁷ Timofeev, S. 178f. (zitiert nach Übersetzung dieser Passage in: Knabe, 1996, A 501).

⁵⁸ Die Bilanz Schmidts in seinem Buch, S. 180, 188, seine bereits 1994 gestellte Prognose, in: NZZ vom 18.8.1994. Ganz ähnlich äußerte sich im Frühjahr 1997 auch der russische Journalist I. Sedych, nachdem er sich mit den Untersuchungen von A. Lallemand vertraut gemacht hatte: "...die Korruption der Politik ist gegenwärtig nicht nur ein russisches Problem, und die internationale Allianz käuflicher Politiker ist nicht nur ein günstiges Milieu für die Zunahme der OK. Sie ist ihrem Wesen nach das eigentliche Gehirn dieser Hydra." (OG Nr. 14/1997).

der Provinz sichtbar: das ist ein guter Privatbauer, und das ist ein schlechter. Dieser ist ein ehrlicher Händler, jener aber ein Gauner...⁵⁹

Eine umfassende Konzeption, welche Konsequenzen aus dieser – sicher zutreffenden – Einschätzung zu ziehen sind, fehlt in dem Text. Da Groschew gleichzeitig Leiter des "Morosow-Projekts" zur Förderung moderner Unternehmer ist, dürfte er vor allem auf diese Form von Qualifizierung setzen.

Andere Lageeinschätzungen russischer Experten stellen Phänomene in den Vordergrund, deren Auswirkungen auf Transformationsprozesse nicht unterschätzt werden dürfen. In einem im Mai 1998 veröffentlichten Interview stellte die frühere Präsidentenberaterin und ausgewiesene Kennerin der sozioökonomischen Verhältnisse der Sowjetunion und Rußlands T. Saslawskaja zum Stellenwert der "berüchtigten Oligarchie" im Rußland von heute fest:

Tatsächlich basiert doch diese Oligarchie, basieren ihre Grundlagen auf unserer Staatsmaschinerie... Das Land wird von ungefähr 1.000 Menschen regiert, die sehr eng miteinander verbunden sind, die ihre Interessen schützen und diejenigen bestrafen, die versuchen, gegen sie vorzugehen. Deshalb sehe ich keine Führungsperson, die gegenwärtig das Land gegen den Willen und die Interessen dieser 1.000 Menschen regieren könnte... Es ist unmöglich, gegen das Hauptübel zu kämpfen, die große Wirtschaftskriminalität...

Auch die Entwicklungen in den einzelnen Föderationssubjekten geben nach Ansicht von O. Kalugin aufgrund bestimmter Traditionen der Rekrutierung von Leitungseliten bislang wenig Hoffnung auf einen nachhaltigen demokratischen Aufbruch:

Der wesentliche Stamm der gegenwärtigen politischen und administrativen Elite auf regionaler Ebene hat sich seit der Sowjetzeit wenig verändert... Das schafft die Gefahr wenn nicht einer direkten Absage an demokratische, transparente Prozeduren der Rekrutierung der politisch-administrativen Elite, so doch in jedem Fall ihrer Kastration.⁶⁰

Das Spezifikum der gegenwärtigen Situation besteht darin, daß die politische Führung Rußlands maximale internationale Anerkennung und globale Mitspracherechte beansprucht, gleichzeitig alle weitreichenden Versuche anderer Länder oder internationaler Organisationen zur Änderung der Lage im oben angesprochenen Sinn und auch Analysen über Bedrohungen für andere Länder, die sich aus dem gegenwärtigen Macht-Mix Rußlands ergeben, entschieden zurückweist. Auch wenn sich der von Groschew ins Auge gefaßte Bevölkerungsteil aktiv für die Schaffung eines "zivilisierten Landes" einsetzen sollte, ist bei einer dann entstehenden Konfliktsituation ein internationales Krisenmanagement ausgeschlossen. Das Ausland muß sich auf die Rolle des passiven Beobachters beschränken; es kann eigentlich nur versuchen, die Ausbreitung und die Intensivierung von "Bausteinen" zu verhindern, die die eigene Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung in eine ähnliche Richtung transformieren könnten.

⁵⁹ RG vom 31.10.1996.

⁶⁰ Interview mit T. Zaslavskaja in: LG Nr. 21/1998, Aufsatz von O. Kalugin in: Polis Nr. 4/1998, S. 145-151.

Literaturverzeichnis

- Albrecht, K., Der verratene Sozialismus, Berlin-Leipzig 1939 (3.)
- Bobkov, F., KGB i vlast', M. 1995
- Djomin, M., Die Tätowierten, Frankfurt/Main 1973
- Ebon, M., KGB. Death and Rebirth, Westport 1994
- Finder, J., Moskau Connection, München 1992
- Forsyth, F., Das schwarze Manifest, München 1996 (2.)
- Gdljan, T./Ivanov, N., Kremlevskoe delo, Rostov-na-Donu, 1994
- Govoruchin, S., Velikaja kriminal'naja revoljucija, M. 1993
- Gurov, A., Prestupnost' v SSSR, M. 1991
- Illesch, A., Die roten Paten, Berlin 1991
- Knabe, B., Perestrojka-Implikationen der neuen sowjetischen Arbeitspolitik, Berichte des BIOst Nr. 45/1989
- Ders., Ein Moskauer Gutachten über die KPdSU, Informationen aus der Forschung, Nr. 2/1993
- Ders., Wirtschaftskriminalität in Rußland, in: Osteuropa Nr. 10/1996, S. A 497-A 517
- Ders., Politische Interessengruppen im Transformationsprozeß Rußlands, in: BIOst (Hg.) Der Osten Europas im Prozeß der Differenzierung, Jahrbuch 1996/97, München/Wien 1997, S. 70-83 (= Knabe, 1997, 1)
- Ders., Die "Russenmafia" und die Kriminalisierung der russischen Gesellschaft, in: Sowi (Sozialwissenschaftliche Informationen), Nr. 3/1997, S. 176-183 (= Knabe, 1997, 2)
- Konstantinov, A./Dikselius, M., Banditskaja Rossija, SPb/M. 1997
- Kučerenko, V., Moskva – imperija t'my, M. 1995
- Lallemann, A., Russische Mafia. Der Griff zur Macht, München 1997
- Luneev, V., Prestupnost' v XXI Veke, in: Sociologičeskie issledovanija, Nr. 7/1996, S. 93-106
- Maksimov, A., Rossijskaja prestupnost', M. 1997
- Pleines, H., Organized crime and corruption in Russia since 1987, in: Russia and the Successor States Briefing Service, vol., 3/Nr. 5, Oktober 1995, S. 3-20
- Ders., Korruption und Kriminalität im russischen Bankensektor, Bericht des BIOst Nr. 28/1998
- Podlesskich, G./Terešonok, A., Vory v zakone: brodok k vlasti, M. 1994
- Raith, W., Das neue Mafia-Kartell. Wie die Syndikate den Osten erobern, Berlin 1994
- RAU-Korporacija (Hg.), Neizvestnyj Ruckoj: političeskij portret, M. 1994
- Roth, J./Frey, M., Die Verbrecher-Holding, Wien 1993 (4.)
- Šabalin, V., Organizovannaja prestupnost' v Rossii: vzgljad iz Ameriki, in: Gosudarstvo i pravo, Nr. 1/1996, S. 88-94
- Schlomann, F.-W., Die russische Mafia – international, Deutsche Welle – Dokumentation, Köln 1996, S. 1-34
- Schmid, U., Gnadenlose Bruderschaften. Aufstieg der russischen Mafia, Paderborn 1996
- Škaratan, O./Figatner, Ju., Starye i novye chozjaeva Rossii, in: Mir Rossii Nr. 1/1992, S. 67-90.
- Sterling, C., Verbrecher kennen keine Grenzen, München 1994
- Sundiev, I., Criminological Components of the Current Social Dynamics in Russia, in: Segbers, K./De Spiegelleire, S. (Hg.) Post-Soviet Puzzles, Mapping the Political Economy of the Former Soviet Union, Baden-Baden 1995, vol. III, S. 615-634
- Timofeev, L., Apologija korupcii, in: Znamja Nr. 5/1995, S. 168-182

Topol', Ė., Ochota za ruskoj mafiej, in: Sobranie sočinenij, M. 1995, S. 9-162

Ders., Kremlevskij plennik, in: Ebd., S. 229-276

Zemcov, I., Partija ili mafia, Paris 1976

Abkürzungsverzeichnis

Ein sachdienliches "Glossar russischer Begriffe" sowie ein Überblick über "Personen und Institutionen" finden sich bei Lallemand, S. 324-331.

AdW	Akademie der Wissenschaften
Aif	Argumenty i fakty
"Dieb im Gesetz"	Vgl. "Vor' v zakone"
FSB	Föderaler Sicherheitsdienst, Inlandsgeheimdienst, Nachfolgeorganisation des KGB
Goskomdragmet	Staatskomitee für Edelmetalle
GRU	Hauptverwaltung für Aufklärung, Nachrichtendienst des Generalstabs des Verteidigungsministeriums
Iz	Izvestija
KGB	Komitee für Staatssicherheit, sowjetischer Geheimdienst
Koms. pr.	Komsomol'skaja pravda
KPRF	Kommunistische Partei der Russischen Föderation
LDPR	Liberaldemokratische Partei Rußlands
LG	Literaturnaja gazeta
MIK	Militärisch-industrieller Komplex
MN	Moskovskie novosti
NDR	Parteiähnliche Organisation "Unser Haus Rußland"
NFS	"Nationaler Sportfonds", Tarnorganisation zur Beschaffung außerbudgetärer Mittel für die Präsidialadministration
NG	Nezavisimaja gazeta
NZZ	Neue Züricher Zeitung
OG	Obščaja gazeta
OK	Organisierte Kriminalität
OKG	Gruppe(n) der OK, kriminelle Organisation(en)
RAU	Russisch-Amerikanische Universität
RG	Rossijskaja gazeta
RNE	Parteiähnliche Organisation "Russische nationale Einheit"
Russen (russisch)	Im deutschen Sprachgebrauch eingebürgerter Begriff für die Bewohner der Russischen Föderation sowie für ethnische Russen
"Russenmafia"	In europäischen Medien seit 1990 begegnender Begriff, der meist OK-Aktivitäten von (früheren) Bewohnern aller Nachfolgestaaten der UdSSR oder von Russen speziell umfaßt, sachlich ungenau
SBP	Sicherheitsdienst des Präsidenten Rußlands
SVR	Dienst für äußere Aufklärung, Auslandsgeheimdienst
"Vor' v zakone"	OK-Autorität, vorbestraft, durch "Krönung" in die Oberschicht der Kriminellengruppe aufgenommen, die sich den Traditionen der sowjetischen Berufs-

kriminellen verpflichtet fühlt

Bernd Knabe

The System Mafia as a Factor in the Soviet-Russian Transformation

Part I: The Preparation and Implementation of Change in the System

Bericht des BIOst Nr. 47/1998

Summary

Introductory Remarks

For several years now, both politicians and scholars have been observing and expressing concern about the fact that the political and economic transformation of Russia and of the other former communist countries is increasingly running into problems. The "transition to democracy and a market economy," which was the original motto of transformation, is rarely mentioned nowadays. Instead, such "objective factors" as the shadow economy and criminality in general are being found to explain the difficult state of affairs. These, however, tend to be characterised as typical manifestations of an unstable society undergoing transition. Other factors identified include the cross-border activities of criminal groups from the territory of the former Soviet Union, which are seen as a threat to the security of other countries or even to global security. More recently, both Russia and the West have each voiced the suspicion that the other is exploiting the problem for its own political or economic ends.

The present Report is based on the thesis that some members of the Soviet leadership made systematic preparations for the anticipated break-up of their country and that therefore it is probably wrong to speak of the sudden "collapse" of the Soviet Union. In this context, the question must be addressed of at what point these members of the Soviet leadership realised the hopelessness of attempts to reform the Soviet system. Here the so-called "parallel structures" that existed during all phases of the Soviet system have an important role to play. Economic activity in the former Soviet Union took place at a number of different levels and the system of so-called "trustees" of the official planned economy had particularly grave consequences for the formation of criminal associations.

Therefore, in order to properly understand the current political and socio-economic situation in Russia, it is vital to be aware of the existence and activities of the system mafia – as opposed to the various forms of organised crime from which this should clearly be distinguished. A system mafia existed throughout the entire Soviet era, though its size varied considerably from one period to another. It was extremely well-prepared for the changes and had a significant role to play in determining each phase of the transformation.

Finding sources for research on this subject is extremely difficult. While there are a large number of studies on criminality in the Soviet Union, most of them do not address the

question of connections between the criminal and the political sphere. The CPSU archives were closed to outsiders until mid-1991 and even after that only very selective access was possible. Outside the Soviet Union an increasing amount of material was published from the 1970s onwards on the Soviet nomenclature, but this contained only isolated references to connections between its members and the criminal world. I would like to thank M. Fincke (University of Passau) and my colleagues at BIOst P. Hübner, G. Simon and H. Vogel for their careful reading of the manuscript. Responsibility for the content lies entirely with the author.

Findings

1. From the 1970s onwards a process of differentiation took place within the Soviet nomenclature. This, in all probability, enabled a number of groups in the country's top leadership to make systematic preparations after 1988 for the inevitable systemic change. Their plans embraced a number of different operational levels. A crucial factor for some of these supposed "plotters" was probably the fact that, between 1988 and 1990, Western support for Soviet reforms was not as forthcoming as anticipated.
2. Some steps undertaken during 1986 and 1987 did not achieve their intended goals. They were, however, used later in plans for a "new underground economy".
3. Developments during this final phase of the Soviet Union (until the end of 1991) and in the new Russia took place against a background of instability and confusion for most people. It may well be that this situation was, at least in part, deliberately created in order to divert public attention from the really important processes going on, particularly regarding the transfer of property.
4. It may be assumed that certain groups in the supreme leadership planned developments in several different sectors. In so doing they were able to draw on their previous experience both at home (particularly in the secret military-industrial complex) and abroad (in economic, political and terrorist activities). There are various indications that during 1990 and 1991 Gorbachev and Yeltsin were working together on the most important issues.

The second part of this Report is concerned with various forms of co-operation between the system mafia and organised crime.